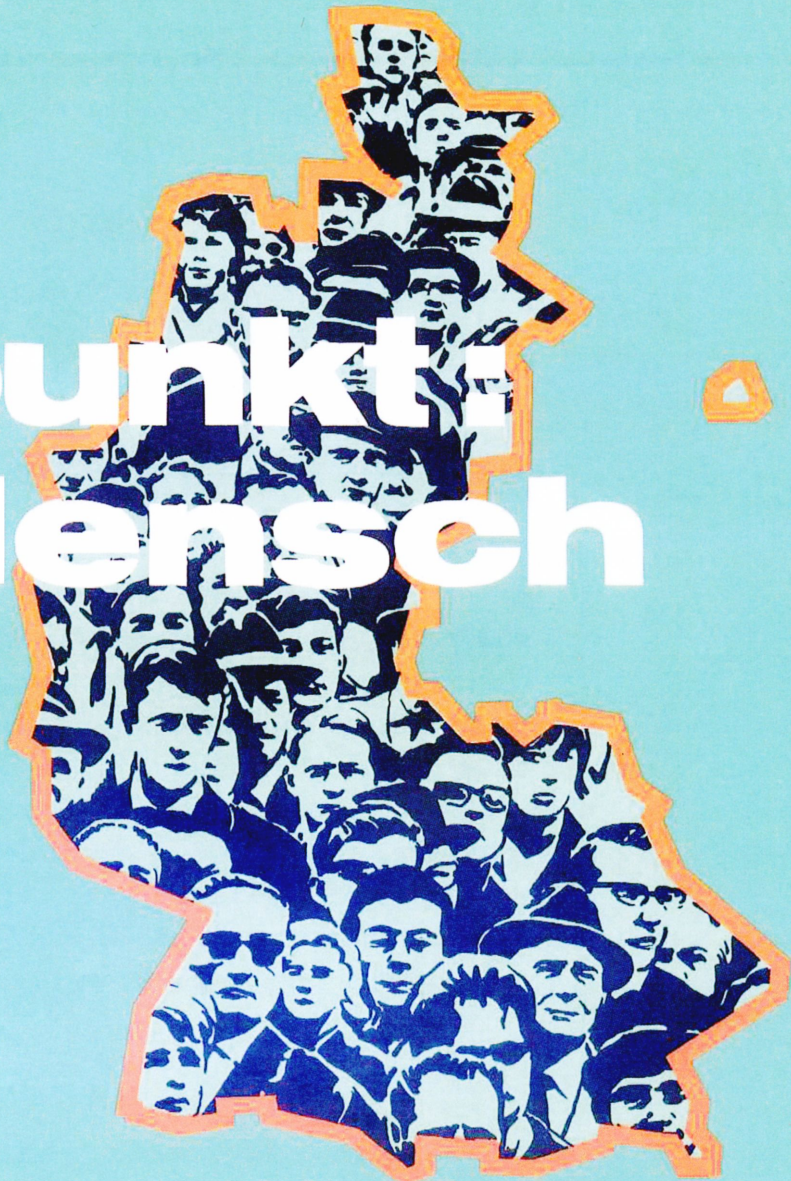


48
BIBLIOTHEK
Bayer. Landesamt
für Statistik und DV

I
1105 A
1974

Blickpunkt: Der Mensch

Zahlen
über das Leben
in der
Bundesrepublik Deutschland



STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

Zum Inhalt

Viele Stellen des In- und Auslands beschäftigen sich mit der Zusammenstellung von Zahlen, die Aufschluß über die gesellschaftliche Situation eines Landes und die Lebensverhältnisse seiner Bürger geben sollen.

Als kleinen Beitrag zu diesem Thema hat das Statistische Bundesamt in dieser Schrift aus der Fülle der vorhandenen statistischen Unterlagen eine knappe Auswahl von zahlenmäßig belegbaren Fakten zusammengestellt, die ein Schlaglicht auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland werfen können.

Im Vordergrund der Darstellung stehen Zahlen, die mit kurzen Texten kommentiert und durch kleine Schaubilder erläutert werden. Die Broschüre enthält nicht nur die jeweils neuesten Angaben, sondern zeigt in groben Linien auch die Entwicklung in der Nachkriegszeit.

Übersicht

- 1 Staat, Parlament, Wahlen
- 2 Bevölkerung
- 3 Geburt, Ehe, Tod
- 4 Haushalt, Familie, Wohnung
- 5 Schulbesuch, Bildungsstand
- 6 Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt
- 7 Beschäftigte, Arbeitslose
- 8 Einkommensbildung und -verteilung
- 9 Preise, Reallöhne
- 10 Sparen und Vermögensbildung
- 11 Privater Verbrauch
- 12 Langlebige Gebrauchsgüter, Reisen
- 13 Kultur, Unterhaltung, Sport
- 14 Soziale Sicherung
- 15 Krankheit, Gesundheitsvorsorge
- 16 Straffälligkeit

Staat, Parlament, Wahlen

Bundesrepublik Deutschland



Gebiet

Die Bundesrepublik Deutschland umfasst 248 587 qkm. Gemessen an ihrer Fläche steht sie an zehnter, hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl an dritter Stelle unter den Ländern Europas. Ihre längste Ausdehnung von Norden nach Süden misst 853 km und von Westen nach Osten 453 km. Sie teilt ihre Grenzen mit Dänemark, den Niederlanden,

Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz, Österreich, der Tschechoslowakei und der DDR.

Von der Gesamtfläche der Bundesrepublik entfallen 33 Prozent auf Acker- und Gartenland, 29 Prozent auf Wald, 22 Prozent auf Wiesen und Weiden sowie 16 Prozent auf bebaute Fläche, Binnengewässer, Ödland usw.

Verfassung, Parlament

Mit dem „Grundgesetz“ vom 23. Mai 1949 hat sich die Bundesrepublik die Verfassung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates auf parlamentarischer und föderalistischer Grundlage gegeben. Die Bundesrepublik besteht aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, dem Saarland sowie Berlin (West), bei dem die Anwendung des Grundgesetzes aufgrund der Viermächtevorbehalte gewissen Einschränkungen unterliegt. Das Bundesgebiet mit seinen Ländern war am 31. 12. 1973 in 29 Regierungsbezirke, 393 Kreise und 14 928 selbständige Gemeinden gegliedert.

Die Gesetzgebungsorgane der Bundesrepublik sind der Bundestag und der Bundesrat. Der Bundestag hat 518 Abgeordnete, darunter 22 aus Berlin (West), die nur beratende Stimme haben. Der Bundesrat hat 45 Mitglieder, die von den Länderregierungen ernannt werden, darunter 4 aus Berlin mit beratender Stimme. Über den Bundesrat wirken die Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.

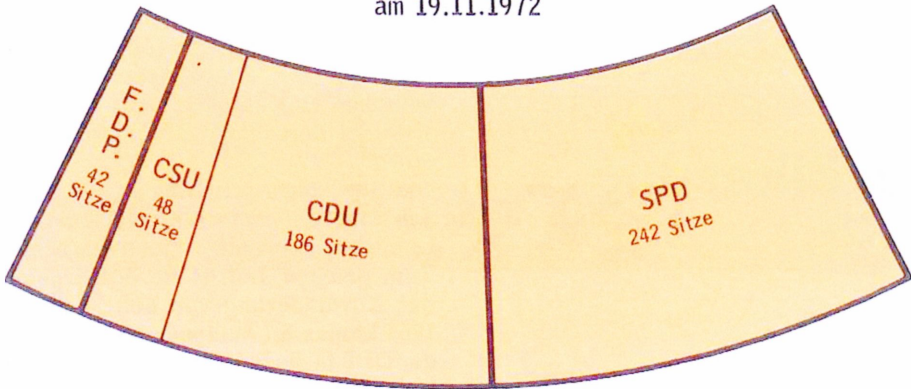
Die Bundesregierung wird von der Parlamentsmehrheit der SPD und F.D.P. gebildet, die im Bundestag über 284 Sitze verfügt.

Wahlbeteiligung, Stimmabgabe

Die Wahlbeteiligung der Bundesbürger an den Bundestagswahlen hat seit 1949 ständig zugenommen. Bei der Wahl des 1. Bundestages (1949) lag sie noch bei 78,5 Prozent, bei der Wahl des 7. Bundestages (1972) bei 91,1 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Männer und Frauen bis 1969 erst nach Vollendung des 21., 1972 dagegen schon nach Vollendung des 18. Lebensjahres wählen durften. Bei der Bundestagswahl am 19. 11. 1972 war die Wahlbeteiligung bei den 50—60jährigen am höchsten, bei den 18—21jährigen am niedrigsten. Zwischen Männern und Frauen bestehen hinsichtlich der Wahlbeteiligung keine nennenswerten Unterschiede.

Die Gunst der Wähler hat sich seit 1949 mehr und mehr den großen Parteien zugewendet. Entfielen von den gültigen Zweitstimmen 1949 nur 29,2 Prozent auf die SPD und 25,2 Prozent auf die CDU, so waren es 1961 36,2 (35,8) Prozent und bei der letzten Bundestagswahl 1972 bereits 45,8 (35,2) Prozent. Die CSU, die im Bundestag eine gemeinsame Fraktion mit der CDU bildet, erhielt bei der Bundestagswahl 1972 9,7 Prozent, die F.D.P. 8,4 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Auf die kleinen Parteien entfielen 1949 noch 27,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen; 1961 waren es 5,7 Prozent, 1972 sogar nur noch 0,9 Prozent.

Sitzverteilung
nach der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag
am 19.11.1972



518 Sitze einschließlich der 22 Abgeordneten von Berlin (West)

Wahlbeteiligung und Stimmanteile bei den Bundestagswahlen
Prozent

Jahr	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf				
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige
1949	78,5	29,2	25,2	5,8	11,9	27,8
1953	86,0	28,8	36,4	8,8	9,5	16,5
1957	87,8	31,8	39,7	10,5	7,7	10,3
1961	87,7	36,2	35,8	9,6	12,8	5,7
1965	86,8	39,3	38,0	9,6	9,5	3,6
1969	86,7	42,7	36,6	9,5	5,8	5,5
1972	91,1	45,8	35,2	9,7	8,4	0,9

Bevölkerungsentwicklung

In der Bundesrepublik lebten Ende 1973 über 62 Millionen Menschen, darunter 4,2 Millionen (6,3%) Ausländer. Seit 1950 hat die Einwohnerzahl um 12 Millionen zugenommen; das entspricht etwa der derzeitigen Bevölkerung Bayerns.

Die Bevölkerungszunahme ist nur zum Teil auf den bis 1971 vorhandenen Geburtenüberschuß zurückzuführen. Zum größten Teil ist sie das Ergebnis der Zuwanderung von außerhalb. Bis 1961 kamen 3,1 Millionen Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik. Seit 1964 bestimmt die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte maßgeblich die Bevölkerungsbilanz unseres Landes.

Bevölkerungsdichte

Mit 249 Einwohnern je Quadratkilometer liegt die Bundesrepublik in Europa – nach den Niederlanden (329) und Belgien (322) – hinsichtlich der Bevölkerungsdichte an dritter Stelle. Unter den Staaten der Erde nimmt sie den siebten Rang ein.

Knapp ein Drittel der Bevölkerung lebt in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte in den Ballungsgebieten, in denen fast zwei Drittel aller Einwohner leben, nimmt stärker zu als in den übrigen Gebieten.

Männer, Frauen, Altersgliederung

Ende 1973 hatte die Bundesrepublik 29,7 Millionen (48%) männliche und 32,4 Millionen (52%) weibliche Einwohner. Das durch die beiden Weltkriege erheblich gestörte zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter hat sich in

den Nachkriegsjahren weitgehend normalisiert. Während 1950 auf 1 000 Männer noch 1 155 Frauen kamen, waren es 1973 nur noch 1 089.

Die Altersgliederung in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch den Anstieg des Anteils der älteren Menschen bei gleichzeitigem Rückgang der im erwerbsfähigen Alter stehenden 15 bis 65 Jahre alten Personen.

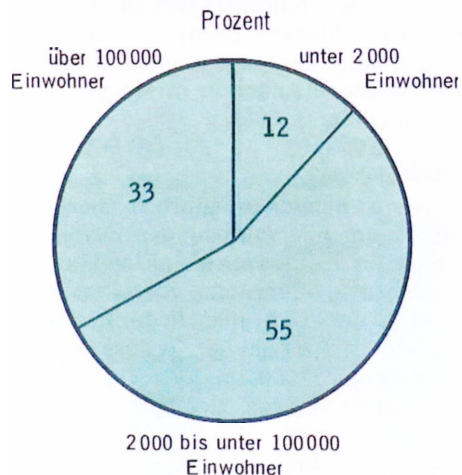
Religionszugehörigkeit

Die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung ist durch die Zugehörigkeit zu den beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften geprägt. 1970 waren 49 Prozent der Einwohner evangelisch und 45 Prozent katholisch. Der evangelische Bevölkerungsanteil überwiegt im Norden, der katholische im Süden der Bundesrepublik. Von den verbleibenden 6 Prozent fallen 4 Prozent auf Gemeinschaftslose, der Rest auf andere Glaubensgemeinschaften.

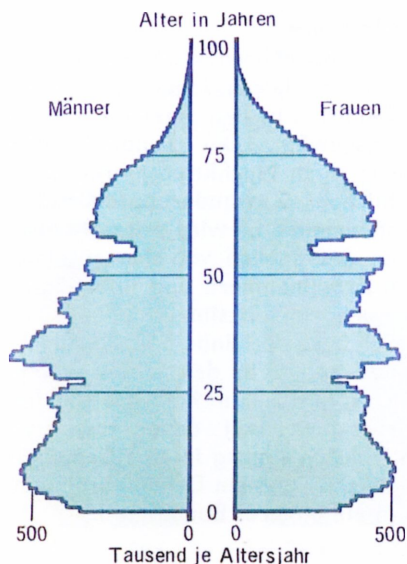
Vorausschätzung

Über die Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahrzehnten lassen sich nur schwer Voraussagen treffen. Wenn man einen weiteren Geburtenrückgang bis 1975 annimmt und davon ausgeht, daß keine weitere Zuwanderung mehr stattfindet, so würde sich die Bevölkerung bis 1990 auf 59 Millionen verringern. Selbst wenn man einer solchen Prognose skeptisch gegenübersteht, so ist doch ein Stagnieren des Bevölkerungswachstums oder ein Rückgang in Zukunft wahrscheinlicher als die bisherige starke Zunahme. Eine ähnliche Entwicklung deutet sich auch in anderen Industriestaaten an.

Bevölkerung 1973 nach Gemeindegrößenklassen



Altersgliederung der Bevölkerung 1972



Bevölkerung

Jahresende	Bevölkerung			Einwohner je qkm	Frauen auf 1 000 Männer
	insgesamt	männlich	weiblich		
	1 000			Anzahl	
1950	50 336	23 405	26 931	203	1 155
1955	52 698	24 593	28 105	212	1 123
1960	55 785	26 173	29 612	225	1 131
1965	59 297	28 171	31 126	239	1 105
1970	61 001	29 072	31 929	245	1 098
1973	62 101	29 714	32 388	250	1 089

Bevölkerung nach Altersgruppen

Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	13. 9. 1950	6. 6. 1961	31. 12. 1972
unter 6	8,1	9,4	8,2
6-15	15,2	12,3	14,4
15-65	67,3	67,2	63,5
65 und mehr	9,4	11,1	13,8
Insgesamt ...	100	100	100

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung*)

1000

Bevölkerung	1975	1980	1985	1990
Männlich	29 288	29 015	28 792	28 641
Weiblich	31 969	31 463	30 906	30 364
Insgesamt ...	61 257	60 478	59 698	59 005

*) Unter der Annahme eines weiteren Geburtenrückgangs bis 1975; ohne Berücksichtigung von Wanderungen.

Geburten, Lebenserwartung

1973 sind in der Bundesrepublik 636 000 lebende Kinder geboren worden. Die Zahl der Geburten geht seit 1966 laufend zurück. Dies hat dazu geführt, daß 1973 erstmals knapp 100 000 Menschen mehr gestorben als Kinder auf die Welt gekommen sind.

Aus 100 Ehen gehen bei der z. Z. vorhandenen Geburtenhäufigkeit im Durchschnitt 160 Kinder hervor. Um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten, müßten von 100 verheirateten Frauen 218 Kinder geboren werden, weil nicht alle Ehepaare Kinder haben und einige Kinder früh sterben oder ledig bleiben.

Wenn der Geburtenrückgang weiter anhalten sollte, wird sich nicht nur die Einwohnerzahl der Bundesrepublik vermindern, sondern auch die Alterszusammensetzung zu Ungunsten der jüngeren Jahrgänge verändern.

Die Lebenserwartung der Neugeborenen beiderlei Geschlechts hat weiter zugenommen. Heute können die Männer damit rechnen, im Durchschnitt 67 Jahre alt zu werden, die Frauen sogar 74. Gegenüber der Zeit von vor 100 Jahren bedeutet dies fast eine Verdoppelung.

Eheschließungen, Ehescheidungen

Die Zahl der Eheschließungen hängt u. a. vom Altersaufbau der Bevölkerung ab und ist seit zehn Jahren rückläufig. Im Durchschnitt heiraten die ledigen Männer heute mit 25,5 und die Frauen mit 22,9 Jahren. In den wirtschaftlich unsicheren ersten Nachkriegsjahren entschlossen sich die Partner erst drei Jahre später zur Eheschließung.

Die Scheidungshäufigkeit ist nach einem hohen Nachkriegsstand (1950: 85 000 geschiedene Ehen) zunächst bis 1963 ständig zurückgegangen, seitdem aber wieder deutlich im Ansteigen begriffen (1972: 87 000).

Sterblichkeit

Wieviele Menschen jährlich sterben hängt vom Altersaufbau der Bevölkerung, aber auch davon ab, ob Infektionskrankheiten – hierunter vor allem die Grippe – um sich greifen. In der Bundesrepublik ist die Zahl der Gestorbenen – sie betrug 731 000 im Jahr 1973 – in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben.

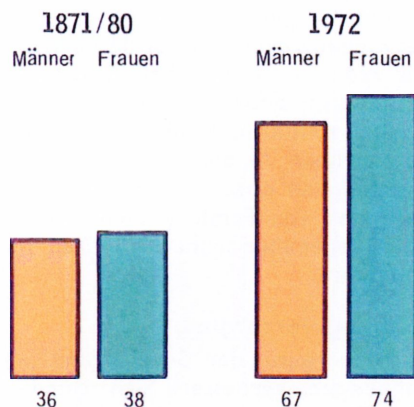
Eine erfreuliche, nach internationalen Maßstäben aber immer noch nicht voll befriedigende Rückentwicklung hat die Säuglingssterblichkeit genommen.

Wanderungen

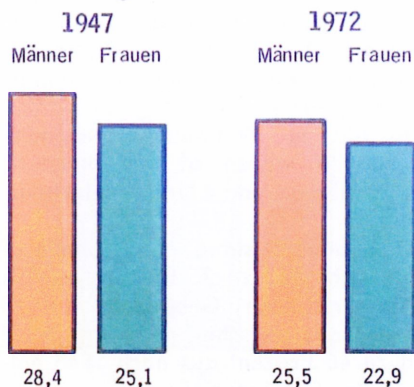
Eine der Ursachen für die Bevölkerungszunahme der letzten Jahre trotz sinkender Geburten ist der sogenannte Wanderungsgewinn. Die Bundesrepublik hatte in allen Nachkriegsjahren einen erheblichen Zuwanderungsüberschuß zu verzeichnen. Er wird seit etwa zehn Jahren maßgeblich von den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen bestimmt.

Jährlich etwa dreieinhalb Millionen Einwohner haben in den letzten Jahren ihren Wohnsitz innerhalb des Bundesgebietes gewechselt; davon etwa zwei Drittel durch Umzug in eine Gemeinde des gleichen und ein Drittel durch Umzug in ein anderes Bundesland.

Lebenserwartung in Jahren



Durchschnittliches Heiratsalter der Ledigen in Jahren



Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (—)
1 000				
1950	535,7	812,8	528,7	+ 284,1
1960	521,4	968,6	643,0	+ 325,7
1965	492,1	1 044,3	677,6	+ 366,7
1970	444,5	810,8	734,8	+ 76,0
1973	394,5	635,6	731,0	— 95,4
auf 1 000 Einwohner				
1950	10,7	16,2	10,5	+ 5,7
1960	9,4	17,4	11,6	+ 5,9
1965	8,3	17,7	11,5	+ 6,2
1970	7,3	13,4	12,1	+ 1,3
1973	6,4	10,3	11,8	— 1,5

Säuglingssterblichkeit

1 000

Alter	Im ersten Lebensjahr Gestorbene (ohne Totgeborene)				
	1950	1960	1965	1970	1972
0 bis unter 1 Monat	26,8	22,8	19,3	15,0	12,0
1 bis unter 12 Monate	16,1	9,2	5,6	4,2	4,0
1. Lebensjahr ...	42,9	32,0	24,9	19,2	16,0

Wanderungen

1 000

Wanderungen	1950 ¹⁾	1960 ²⁾	1965	1970	1973
Über die Grenzen des Bundesgebietes					
Zuzüge	551	624	840	1 072	968
Fortzüge	173	260	496	498	584
Überschuß der Zuzüge	378	364	344	574	384
Zwischen den Gemeinden des Bundesgebietes	2 931	3 242	3 600	3 662	3 675

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin. — ²⁾ Ohne Berlin.

4

Haushalt, Familie, Wohnung

Haushalte

Im Bundesgebiet gab es 1972 rd. 23 Millionen Privathaushalte, davon 6 Millionen Ein- und 17 Millionen Mehrpersonenhaushalte. Die Mehrpersonenhaushalte sind überwiegend Familienhaushalte im weiteren Sinn, d. h. sie setzen sich aus Eltern und Kindern sowie in der Seitenlinie miteinander verwandten Personen zusammen. Rund 91 Prozent aller „Haushaltsvorstände“ sind Männer, die meisten von ihnen Väter in einer mehr oder minder großen Familie. In Einzelhaushalten leben vor allem alleinstehende Frauen (71%), darunter viele bereits im vorgerückten Alter stehende Frauen, die unverheiratet geblieben, verwitwet oder geschieden sind. Bei allein in einem Haushalt lebenden Männern handelt es sich überwiegend um Angehörige jüngerer Jahrgänge, die aus Gründen der Ausbildung oder der Berufsausübung noch keine Familie gegründet haben.

Die Zahl der Haushalte hat relativ stärker zugenommen als die Bevölkerung. Hierdurch hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße von 3,0 Personen je Haushalt im Jahr 1950 auf 2,7 Personen im Jahr 1972 verringert. Größere Haushalte lösen sich mehr und mehr auf. Die auf individuellere Bedürfnisse zugeschnittene Wohnraumversorgung begünstigt den Trend zum kleineren Haushalt. Auch ist die Zahl alleinstehender älterer sowie in Ausbildung befindlicher jüngerer Menschen, die einen eigenen Haushalt führen, gewachsen.

Familien

Die Zahl der Familien – ein Haushalt kann aus mehreren Familien bestehen –

betrug 1972 22 Millionen. Mehr als zwei Drittel aller Familien setzen sich aus Ehepaaren mit Kindern zusammen oder solchen, die entweder keine Kinder hatten oder deren Kinder sich bereits selbständig gemacht haben. Bei den „unvollständigen“ Familien mit Kindern überwiegen diejenigen, für deren Wohl eine Frau zu sorgen hat. Besonders belastet sind dabei Frauen, die einen Haushalt zu führen, Kinder zu betreuen und darüber hinaus noch eine Erwerbstätigkeit auszuüben haben. Zahl und Anteil von Familien ohne Kinder haben gegenüber früheren Jahren zugenommen.

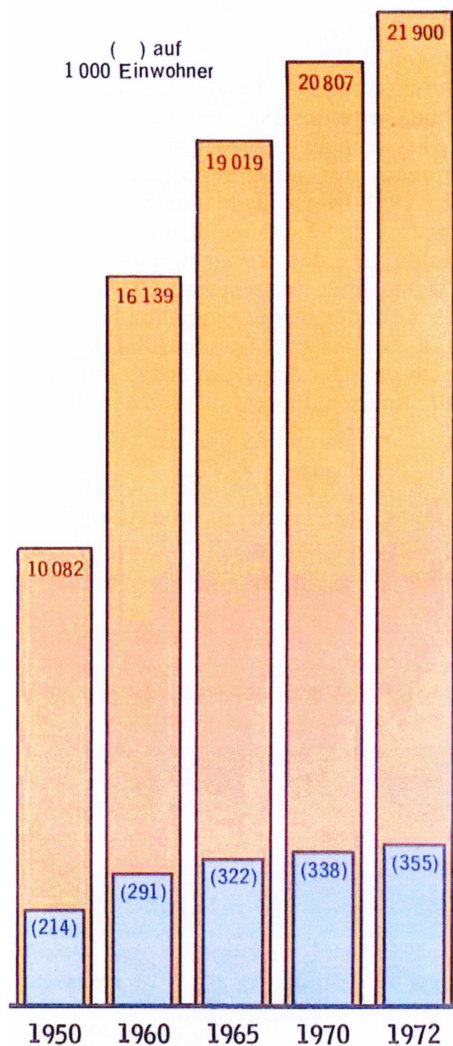
Wohnungsversorgung

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen verbessert sich ständig. 1000 Einwohnern standen 1950 214 Wohnungen zur Verfügung, 1965 waren es 322 und 1972 bereits 355.

Nach der letzten Wohnungszählung (1968) konnte jeder Bundesbürger über durchschnittlich 23,8 qm Wohnfläche verfügen. In den Großstädten waren es etwas mehr, in kleineren Landgemeinden (mit mehr großen Familien) etwas weniger. Der Anteil der Eigentumswohnungen am gesamten Wohnungsbestand betrug 1968 ein gutes Drittel. Von 100 in Wohnungen lebenden Haushalten waren 61 Hauptmieter-, 35 Eigentümer- und 4 Untermieterhaushalte.

Der Gebäudebestand mit Wohnraum setzte sich 1968 zu 26 Prozent aus bis 1900 errichteten Gebäuden, zu 28 Prozent aus zwischen 1900 und 1948 und zu 46 Prozent aus nach 1948 entstandenen Gebäuden zusammen.

Bestand an Wohnungen 1000



Privathaushalte

Stichtag	Privathaushalte			Bevölkerung in Privat- haushalten	Personen je Haushalt
	insgesamt	Ein- personenhaushalte	Mehr- personenhaushalte		
	1 000			Mill.	Anzahl
13. 9. 1950	16 650	3 229	13 421	49,8	3,0
25. 9. 1956 ¹⁾	17 577	3 370	14 207	51,9	2,9
6. 6. 1961	19 460	4 010	15 450	56,0	2,9
27. 5. 1970	21 991	5 527	16 463	60,2	2,7
April 1972	22 994	6 014	16 980	61,4	2,7

¹⁾ Ohne Saarland.

Privathaushalte 1972 nach Familienstand des Haushaltsvorstands

Haushaltsvorstand	Privathaushalte			
	insgesamt	Ein- personenhaushalte		Mehr- personenhaushalte
		1000	%	
Männer	17 199	1 741	28,9	15 459
darunter:				
verheiratet	15 341	283	4,7	15 059
verwitwet, geschieden	840	613	10,2	227
Frauen	5 795	4 273	71,1	1 522
darunter:				
verheiratet	188	94	1,6	94
verwitwet, geschieden	4 285	3 082	51,2	1 204
Insgesamt ...	22 994	6 014	100	16 980

Familien nach ihrer Zusammensetzung

Familienzusammensetzung	1957		1961		1972	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ehepaare						
mit Kindern	8 564	45,8	8 871	44,7	9 695	43,3
ohne Kinder	4 357	23,3	4 622	23,3	5 705	25,5
Unvollständige Familien ¹⁾						
mit Kindern	2 046	10,9	2 050	10,3	1 571	6,6
ohne Kinder	3 749	20,0	4 302	21,7	5 535	24,7
Insgesamt ...	18 716	100	19 845	100	22 405	100

¹⁾ Ledige, verheiratet getrenntlebende, verwitwete oder geschiedene Familienvorstände.

Schulbesuch, Bildungsstand

Ausgaben für Bildung und Wissenschaft

Für Schulen, Hochschulen und wissenschaftliche Forschung hat die öffentliche Hand 1973 über 45 Mrd. DM ausgegeben, gegenüber rd. 2 Mrd. DM im Jahr 1950. Höhe und Anteil der Bildungsausgaben sind ständig gestiegen. Dies kennzeichnet die besondere Bedeutung, die dem Ausbau des Bildungswesens beigemessen wird.

Schulen und Hochschulen

Die vorschulische Ausbildung in Kindergärten und Schulkindergärten befindet sich noch in der Entwicklung. Bisher kann nur knapp jedem zweiten 3- bis 5jährigen Kind ein Platz in einem Kindergarten geboten werden.

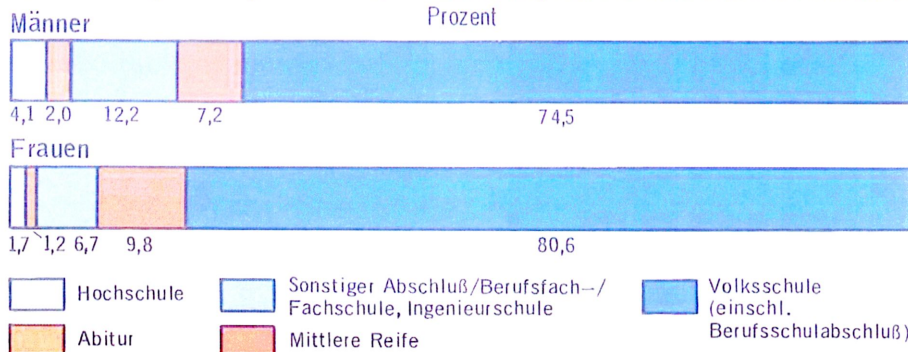
Die Grund- und Hauptschulen, in denen knapp zwei Drittel aller Schüler ihre abschließende schulische Ausbildung erhalten, sind der Zahl nach in den letzten Jahren zurückgegangen, weil insbesondere viele ländliche Klein-

schulen in größeren und leistungsfähigeren Schulen aufgegangen sind. Kamen 1951 noch 203 Schüler auf eine Schule, so waren es 1972 bereits 332. Die Zahl der hauptamtlichen Lehrer ist von 1951 bis 1972 um über 80 000 gestiegen. Während 1951 ein Lehrer im Durchschnitt 46 Schüler zu betreuen hatte, waren es 1972 nur noch 31.

Ganz erheblich erweitert wurde das Angebot an weiterführenden Schulen. Seit 1951 ist die Zahl der Realschulen um fast das Sechsfache, die der Gymnasien um das Zweieinhalbfache gestiegen. Etwa im gleichen Umfang hat die Zahl der Schüler zugenommen, die eine qualifizierte Schulausbildung absolvieren. Der Anteil der Schulabgänger mit Realschulabschluß beträgt heute 26 Prozent, der mit Hochschulreife 13 Prozent.

Auch bei der beruflichen Ausbildung kommt der Trend zu qualifizierteren Abschlüssen deutlich zum Ausdruck. So nahm die Zahl der Schüler an Berufs-

Bevölkerung mit abgeschlossener Ausbildung 1970 nach höchstem Abschluß



fachschulen und Fachoberschulen seit 1957 um das Doppelte zu.

Die Zahl der Studenten (einschl. Ausländer) an wissenschaftlichen Hochschulen hat sich von 1950 bis 1972 mehr als verfünffacht (1950: 100 000, 1972: 536 000), die Zahl der weiblichen Studenten sogar fast verneunfacht (17 000, 149 000). Auf 10 000 Einwohner entfielen 1972 etwa viermal soviel Studenten wie 1950. Der Anteil der Ausländer ist seit seinem Höhepunkt im Jahr 1960 (8,9%) rückläufig und lag 1972 bei 7 Prozent. Die meisten Studenten fanden sich im Wintersemester 1971/72 in den Geistes- und Kulturwissenschaften (einschl. Lehramt), mit Abstand gefolgt von Naturwissenschaften sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Von 100 Abiturienten des Jahrgangs 1973 wollten 23 Ingenieurwissenschaften, 21 Geisteswissenschaften, 18 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 13 Mathematik und Naturwissenschaften, 9 Medizinische Wissenschaften und 4 Rechtswissenschaften studieren.

Bildungsstand

1970 verfügten von 100 Bundesbürgern mit Bildungsabschluß 78 über einen Volks-(Berufs-)schulabschluß. 10 hatten mittlere Reife bzw. Abitur, 9 Berufsfach-, Fach- bzw. Ingenieurschulabschluß. Dabei bestehen zwischen den Geschlechtern deutliche Bildungsunterschiede. So haben z. B. von den Männern 75 Prozent, von den Frauen dagegen 81 Prozent Volks-(Berufs-)schulabschluß. Der Anteil der männlichen Hochschulabsolventen ist mehr als doppelt so hoch wie derjenige der weiblichen (4 gegenüber 2 Prozent).

Schulen und Hochschulen 1972*)

Schulgattung	Schulen	Schüler bzw. Studenten	Lehrer ¹⁾
Schulen der allgemeinen Aus- und Fortbildung	26 987	9 537 170	59 615
Grund- und Hauptschulen	19 590	6 509 286	209 959
Sonderschulen	2 540	364 688 ²⁾	25 123
Realschulen	2 220	981 202 ²⁾	40 248
Gymnasien	2 268	1 567 274	75 636
Gesamtschulen	145	83 253	7 499
Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs	224	31 467	1 150
Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung	9 041	2 191 328	47 661
Berufs- und Berufsonderschulen	1 550	1 619 216	25 500
Berufsaufbauschulen	503	36 775	624
Berufsfach- und Pflegevorschulen	2 736	239 034	11 574
Fachoberschulen, Fachgymnasien	1 040	105 666	3 002
Schulen der beruflichen Fortbildung	3 212	190 637	6 961
Hochschulen	286	662 232	65 702
Wissenschaftliche Hochschulen	109	536 438	56 608
Fachhochschulen	147	111 777	7 824
Kunsthochschulen	30	14 017	1 270

*) Öffentliche und private Schulen (vorläufiges Ergebnis).

¹⁾ Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer. – ²⁾ Einschl. Schüler in Sonderschulklassen bzw. Realschulklassen an Volksschulen.

Studenten im Wintersemester 1971/72 nach Fachrichtungen

		darunter in %	Ausländer
		Frauen	
Geistes- u. Kulturwissenschaften (einschl. Lehramt)	191 853	50,6	4,4
Naturwissenschaften	76 120	19,1	5,6
Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften	55 839	15,0	6,6
Techn. Fachrichtungen	43 802	3,0	11,7
Medizin einschl. Pharmazie	49 902	24,6	7,0
Rechtswissenschaft	36 294	14,3	2,0
Sonstige	7 918	26,0	15,4

Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt

Erwerbspersonen

1972 gingen 26,7 Millionen Einwohner der Bundesrepublik einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit nach. Seit 1950 wuchs die Zahl dieser „Erwerbspersonen“ um fast 5 Millionen. Der prozentuale Anteil der im Erwerbsleben stehenden Menschen an der Gesamtbevölkerung – die sogenannte Erwerbsquote – hat sich jedoch in diesem Zeitraum von 45,9 auf 43,3 verringert. Die Hauptgründe dafür liegen in der ungünstigen Entwicklung der Alterszusammensetzung der Bevölkerung, der längeren Schul- und Berufsausbildung sowie in dem früheren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

17,1 Millionen erwerbstätigen Männern stehen 9,4 Millionen erwerbstätige Frauen gegenüber. Bei den Frauen ist der Anteil der Erwerbstätigen in allen Altersgruppen geringer als bei den Männern und außerdem stark vom Familienstand abhängig. Durch Heirat sind die meisten Frauen gezwungen, ganz oder vorübergehend aus dem Beruf auszusteigen.

Wirtschaftsbereiche

Jeder zweite Erwerbstätige war 1972 im Produzierenden Gewerbe (Industrie, Handwerk, Baugewerbe) beschäftigt, jeder vierte im Dienstleistungsbereich und jeder sechste in Handel und Verkehr. In der Landwirtschaft war nur etwa jeder vierzehnte tätig.

Der Rückgang um über 3 Millionen Erwerbstätige in diesem Wirtschaftsbereich ist nicht nur mit der rasch fortschreitenden Mechanisierung zu erklären. Viele Inhaber kleiner Betriebe haben sich auch wegen der schlechten

Ertragslage zu einer Aufgabe der Landwirtschaft entschlossen und Unterkommen in anderen Wirtschaftsbereichen gesucht. Die Beschäftigung von fast der Hälfte aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe entspricht der Struktur einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft. Charakteristisch hierfür ist auch der beträchtliche Anstieg des Anteils der im Dienstleistungssektor und – in schwächerem Maße – der in Handel und Verkehr tätigen Personen.

Stellung im Beruf

Fünf Sechstel aller Erwerbstätigen arbeiten als Beamte, Angestellte oder Arbeiter in abhängiger Stellung. Knapp 10 Prozent sind Selbständige, der Rest Mithelfende im Betrieb eines Familienangehörigen. Im Vergleich zu 1950 hat sich die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden erheblich vermindert. Das hängt in erster Linie mit der Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe zusammen. In der Gruppe der Abhängigen ist der Anteil der Angestellten deutlich größer geworden.

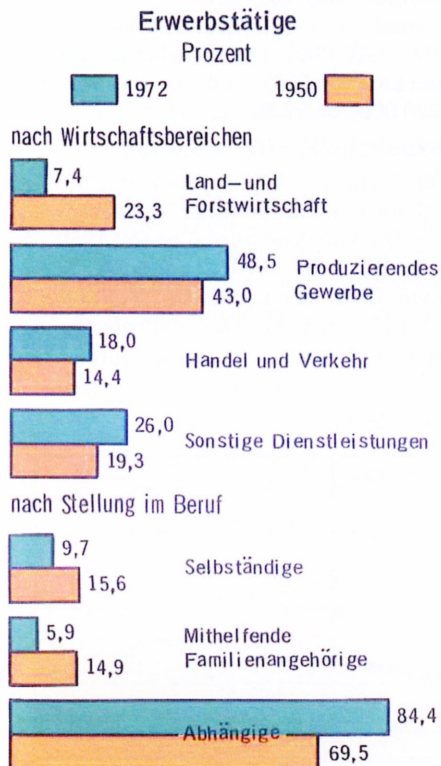
Erwerbstätigkeit der Frauen

Im April 1972 waren von 9,8 Millionen erwerbstätigen Frauen (37 Prozent aller Erwerbstätigen) 5,7 Millionen verheiratet; 2,7 Millionen davon hatten Kinder unter 15 Jahren zu versorgen. Weibliche Erwerbstätige sind insbesondere in der Landwirtschaft tätig, wo sie 53 Prozent der Beschäftigten ausmachen, und zwar meist als mithelfende Familienangehörige im landwirtschaftlichen Betrieb des Ehemannes. Nur etwa 21 Prozent trägt demgegenüber der Anteil der Frauen bei den Selbständigen. Frauen sind als

Angestellte insbesondere im Handel (27%) und im Dienstleistungsbereich (44%) anzutreffen.

Überwiegender Lebensunterhalt

25 Millionen Einwohner, das sind 40 Prozent der Bevölkerung, bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften ihrer Erwerbstätigkeit. 10 Millionen (17%) leben in der Hauptsache von Renten, Pensionen, Arbeitslosengeldern, Sozialhilfe usw. 27 Millionen (43%) werden ganz oder zum größten Teil von Angehörigen (Eltern, Ehegatten, Verwandten) versorgt.



Erwerbstätigkeit der Bevölkerung

Durchschnitt	Bevölkerung	Erwerbspersonen		Erwerbstätige		
				insgesamt	männlich	weiblich
	1000	% ¹⁾	1000			
1950 ²⁾	47 850	21 960	45,9	20 376	13 109	7 267
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	16 500	9 747
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	17 084	9 803
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	17 086	9 502
1972	61 672	26 710	43,3	26 463	17 095	9 368

¹⁾ In Prozent der Bevölkerung (= Erwerbsquote). - ²⁾ Ohne Berlin.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf*)

Wirtschaftsbereich Stellung im Beruf	1950		1960		1972	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Land- und Forstwirtschaft	5 089	23,3	3 581	13,6	1 953	7,4
Produzierendes Gewerbe	9 381	43,0	12 506	47,7	12 829	48,5
Handel und Verkehr	3 141	14,4	4 585	17,5	4 772	18,0
Sonstige (Dienstleistungen) ...	4 197	19,3	5 575	21,2	6 909	26,1
Insgesamt ...	21 808	100	26 247	100	26 463	100
Selbständige	3 412	15,6	3 327	12,7	2 561	9,7
Mithelf. Familienangehörige ..	3 253	14,9	2 663	10,1	1 562	5,9
Abhängige	15 143	69,5	20 257	77,2	22 340	84,4

*) Durchschnitt.

Bevölkerung im April 1972 nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt

Überwiegender Lebensunterhalt aus	Prozent		
	Bevölkerung	Erwerbspersonen	Nicht-erwerbspersonen
Erwerbstätigkeit	40,1	91,3	X
Rente, Pension und dergl.	16,6	2,4	27,7
Angehörige	43,3	6,3	72,3
Insgesamt ..	100	100	100

Beschäftigte, Arbeitslose

Arbeitnehmer

1972 gab es im Bundesgebiet 22,3 Millionen abhängig Beschäftigte (Arbeitnehmer). Ihre Zahl ist gegenüber 1955 um über 5 Millionen gestiegen. Durch den Wechsel vieler Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger in eine abhängige Tätigkeit hat sich der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, der 1955 noch 74 Prozent betrug, inzwischen auf 84 Prozent erhöht. Ein gutes Drittel der Arbeitnehmer sind Frauen. Diese Quote hat sich gegenüber früheren Jahren kaum verändert. Der Anteil der Beamten an den Abhängigen vergrößerte sich, bedingt durch die Ausweitung öffentlicher Aufgaben, gegenüber 1955 von 6,4 auf 8,8 Prozent. Da ein immer größerer Teil von Tätigkeiten durch Angestellte wahrgenommen wird, ist deren Anteil im gleichen Zeitraum – bei entsprechender Abnahme des Anteils der Arbeiter – von 24,9 auf 37,1 Prozent stark gestiegen. Die stärkere Beteiligung an weiterführenden Bildungseinrichtungen brachte einen

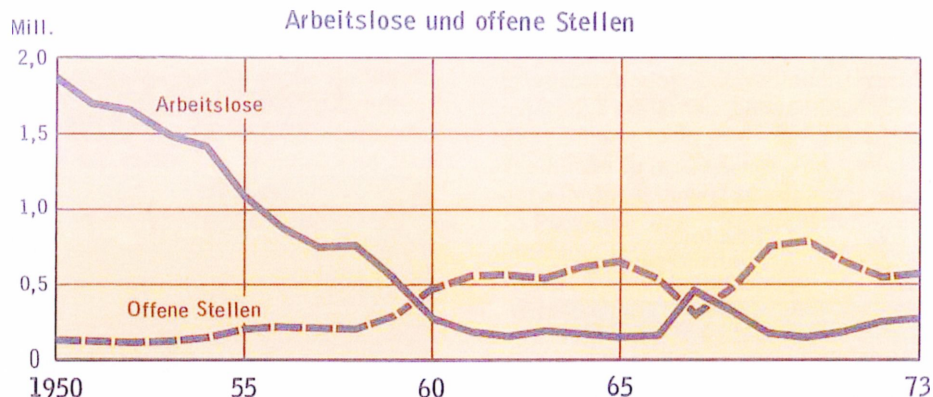
Rückgang der Erwerbsbeteiligung jüngerer Altersjahrgänge mit sich.

Ausländische Arbeitnehmer

Ein großer Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze wurde von ausländischen Arbeitnehmern besetzt, deren Zahl von 80 000 im Jahr 1955 auf 2,6 Millionen im Jahr 1973 angewachsen ist. Etwa jeder neunte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik kam somit aus dem Ausland. Das größte Kontingent stellen die Türken, gefolgt von Jugoslawen und Italienern. Ausländische Arbeitnehmer sind vor allem in der Metallherzeugung und -verarbeitung (Januar 1973: 837 000), im verarbeitenden Gewerbe (566 000) und im Baugewerbe (390 000) beschäftigt.

Arbeitslose, offene Stellen

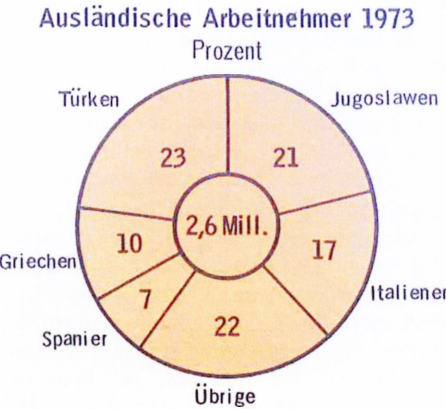
Die Zahl der Arbeitslosen und ihr Anteil an den abhängigen Erwerbspersonen (Arbeitslosenquote) ist seit 1950 von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Schon etwa 1960 war praktisch „Vollbeschäftigung“ erreicht. Der eintretende Arbeitskräftemangel wurde durch den



Zustrom ausländischer Arbeitnehmer ausgeglichen. In den Rezessionsjahren 1967 und 1968 ist die Arbeitslosenquote vorübergehend auf 2,1 bzw. 1,5 angestiegen, ging aber dann wieder auf weniger als 1 Prozent zurück. Seit 1972 macht sich die abgeschwächte Konjunktur in steigenden Arbeitslosenzahlen und der Zunahme von Kurzarbeit bemerkbar. Entsprechend ist die Zahl der offenen Stellen zurückgegangen. 1973 entfielen auf einen Arbeitslosen aber immer noch 2,1 offene Stellen.

Arbeitszeit

Die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit der männlichen Industriearbeiter betrug im Jahr 1973 43,5 Stunden. Sie war somit länger als die der weiblichen Arbeiter (40,2 Stunden). Seit 1950 hat sie sich, den tariflichen Regelungen folgend, bei den Männern um fast 6, bei den Frauen um 4 Stunden verkürzt. Die Differenz zwischen der Arbeitszeit männlicher und weiblicher Industriearbeiter hat sich gegenüber 1950 von fünf auf drei Stunden verringert.



Streiks und Aussperrungen

Die höchste Zahl der durch Arbeitsstreitigkeiten ausgefallenen Arbeitstage war 1971 zu verzeichnen. Durch den Streik von 334 000 und die Aussperrung

von 202 000 Arbeitnehmern (ohne gleichzeitig Streikende) gingen 4,5 Millionen Arbeitstage verloren, was jedoch nicht einmal 0,1 Prozent der normalen Arbeitszeit entsprach.

Arbeitnehmer							
Durchschnitt	Männlich	Weiblich	Insgesamt		davon		
					Beamte	Angestellte	Arbeiter
	1 000			% ¹⁾	1 000		
1955 ²⁾	11 720	5 440	17 160	73,9	1 099	4 272	11 789
1960	13 452	6 805	20 257	77,2	1 467	6 160	12 630
1965	14 405	7 353	21 758	80,9	1 779	6 976	13 003
1970	14 691	7 555	22 246	83,4	1 945	7 800	12 501
1972	14 789	7 551	22 340	84,4	1 959	8 285	12 096

¹⁾ Arbeitnehmer in Prozent der Erwerbstätigen. – ²⁾ Ohne Berlin.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und offene Stellen				
Durchschnitt	Arbeitslose		Kurzarbeiter	Offene Stellen
	1 000	% ¹⁾	1 000	
1950 ²⁾	1 869	11,0	105 ³⁾	119
1960	271	1,3	3	465
1965	147	0,7	1	649
1970	149	0,7	10	795
1973	273	1,2	44	572

¹⁾ In Prozent der abhängig Erwerbstätigen (= Arbeitslosenquote). – ²⁾ Ohne Saarland. – ³⁾ 1951.

Durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter			
Stunden			
Durchschnitt	Insgesamt	Männer	Frauen
1950 ¹⁾	48,1	49,4	44,2
1960	45,3	46,3	42,5
1965	44,3	45,2	41,3
1970	44,0	44,9	40,8
1973	42,8	43,5	40,2

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Einkommens- bildung und -verteilung

Volkseinkommen

Die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter) sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Unternehmereinkommen, Gewinne, Zinsen und Pachten), die Inländern zufließen, bildet das Volkseinkommen. Es belief sich im Jahr 1973 auf 713 Mrd. DM. Auf den Einwohner entfielen in diesem Jahr im Durchschnitt 11 502 DM und auf den Erwerbstätigen 26 936 DM.

Gegenüber 1950 hat das Volkseinkommen bis 1973 um mehr als das Neunfache zugenommen. Allerdings haben sich im gleichen Zeitraum auch die Preise, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, um über 80 Prozent erhöht. Mehr als zwei Drittel (70%) des Volkseinkommens entfielen 1973 auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, gegenüber 58 Prozent im Jahr 1950. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen machte 1973 30 Prozent aus. Hierin sind auch die Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten u. ä.) der Arbeitnehmerhaushalte enthalten.

Löhne und Gehälter

Von 1950 bis 1973 stieg die monatliche Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt von 243 DM auf 1 572 DM, also auf das Sechseinhalbfache. Wegen des relativ stärkeren Anstiegs der Abzüge (Lohn- und Einkommensteuer, Beiträge zur Rentenversicherung usw.) nahm die Nettolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer im gleichen

Zeitraum etwas weniger, nämlich auf das Fünfeinhalbfache zu (von 213 DM auf 1 153 DM).

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst männlicher Industriearbeiter, der im Jahr 1950 noch 70 DM betrug, ist auf 382 DM im Jahr 1973 angewachsen. Die Wochenverdienste weiblicher Industriearbeiter erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 38 DM auf 248 DM.

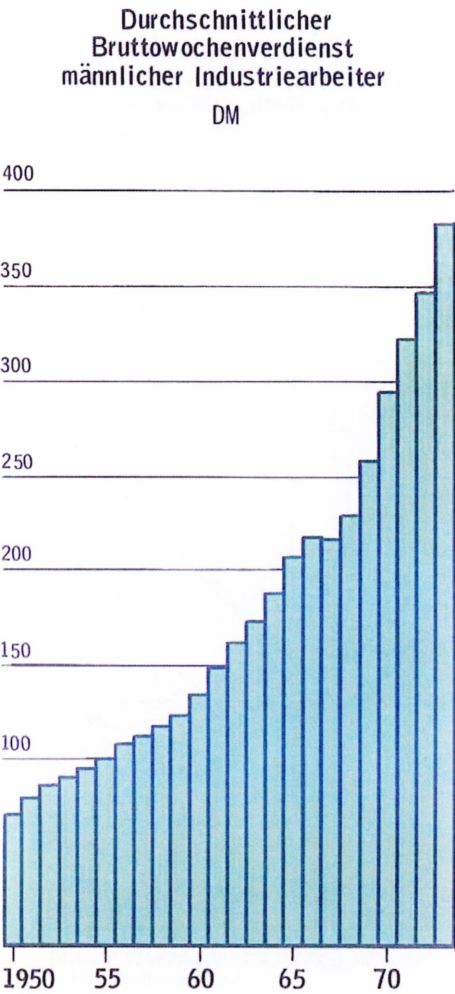
Einkommen privater Haushalte

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte betrug 573 Mrd. DM im Jahr 1973. Es enthält außer Erwerbs- und Vermögenseinkommen auch die von den privaten Haushalten empfangenen laufenden Übertragungen, wie Geldleistungen der Sozialversicherungen, Pensionen oder Lastenausgleichsleistungen, jedoch sind die von ihnen gezahlten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und ähnliche laufende Übertragungen abgezogen. 1973 zahlten die privaten Haushalte z.B. 100 Mrd. DM direkte Steuern und 122 Mrd. DM Sozialversicherungsbeiträge (einschl. des Arbeitgeberanteils) an den Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung). Im gleichen Jahr empfangen sie u. a. 80 Mrd. DM Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten, gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung u. ä.), 21 Mrd. DM öffentliche Pensionen und 7 Mrd. DM für die Kriegsopferversorgung. 1969 verfügten 25 Prozent aller Haushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen bis 800 DM, 67 Prozent bezogen zwischen 800 und 2500 DM,

8 Prozent zwischen 2 500 bis 10 000 DM. Von den Haushalten Nichterwerbstätiger war mehr als die Hälfte in der niedrigsten Einkommensgruppe. Dagegen verfügten von den Haushalten

Erwerbstätiger – je nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstands – nur 6 bis 9 Prozent über solch geringe Einkommen. Die Höhe der Haushaltsnettoeinkommen wird nicht allein von der

sozialen Stellung des Haushaltsvorstands bestimmt. Sie ist noch von anderen Faktoren, darunter insbesondere von den Einkünften weiterer Haushaltsmitglieder abhängig.



Volkseinkommen und seine Verteilung

Jahr	Volkseinkommen			Bruttoeinkommen aus			
	insgesamt	je Einwohner	je Erwerbstätigen	unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen	
	Mrd. DM	DM		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1950 ¹⁾ ..	76,9	1 640	3 848	45,0	58,4	32,0	41,6
1955 ¹⁾ ..	141,0	2 865	6 175	83,7	59,3	57,3	40,7
1960 ...	235,7	4 252	8 980	142,8	60,6	92,9	39,4
1965 ...	355,3	6 060	13 213	230,0	64,7	125,3	35,3
1970 ...	529,2	8 725	19 844	353,2	66,7	176,0	33,3
1973 ...	712,8	11 502	26 936	498,3	69,9	214,4	30,1

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Verteilung der Einkommen privater Haushalte 1969

Prozent

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Von jeweils 100 Haushalten bezogen ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM			
	unter 800	800–1 500	1 500–2 500	2 500–10 000
Landwirt	7	30	46	17
Selbständiger ¹⁾	6	21	35	38
Beamter, Angestellter, Arbeiter ...	9	50	34	7
Nichterwerbstätiger	56	31	11	2
Insgesamt ...	25	41	26	8

¹⁾ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger.

Preise, Reallöhne

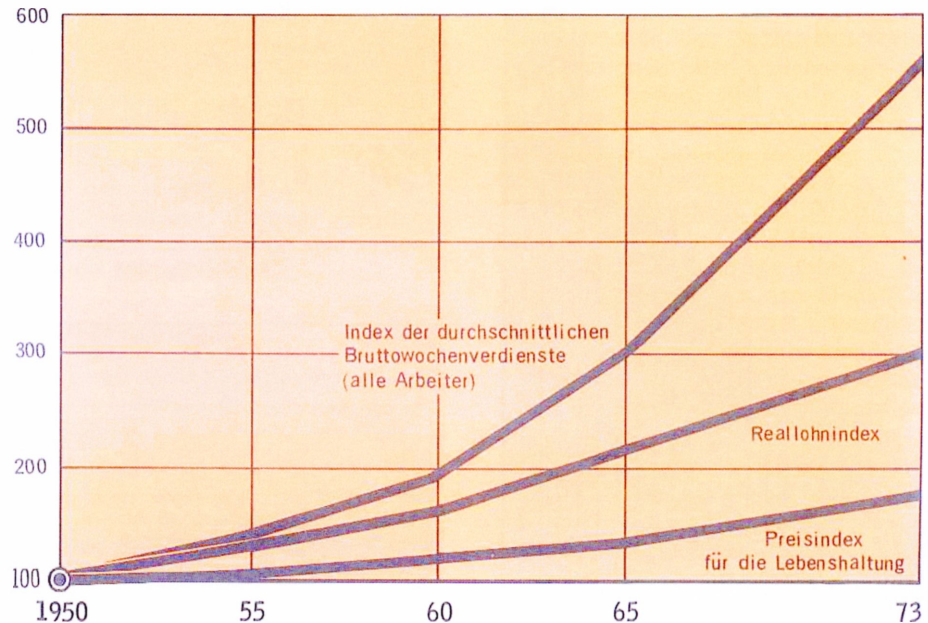
Preise

Als Maßstab für die Beurteilung der Geldwertänderungen wird häufig der Preisindex für die Lebenshaltung herangezogen, der die Entwicklung der Verbraucherpreise für die Güter (Waren und Dienstleistungen) wiedergibt, die von privaten Haushalten verbraucht werden. Die Preise für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands – Preisindices für alle privaten Haushalte liegen erst ab 1962 vor – sind in der Zeit von 1950 bis 1973

um 83,3 Prozent gestiegen. Die jährlichen Teuerungsraten waren – wenn man von dem Ausnahmejahr 1951 (Korea-Boom) absieht – 1971 mit 5,1, 1972 mit 5,3 und 1973 mit 6,8 Prozent am höchsten. Der Preisauftrieb setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1974 fort. Bis zur Jahresmitte trat dann aber eine leichte Dämpfung ein. Die Preise der einzelnen Bedarfsgruppen haben sich unterschiedlich entwickelt. Die größten Preissteigerungen im Vergleich zu 1950 waren bei den Wohnungsmieten zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Erhöhungen hatten

Lebenshaltungspreise und Industriearbeiterverdienste

1950 = 100



auch die Preise für Heizung und Beleuchtung, für Bildung, Unterhaltung und Erholung sowie für Verkehr aufzuweisen. Wesentlich geringere Preiserhöhungen sind demgegenüber bei den Ausgaben für Hausrat und für Bekleidung aufgetreten.

Reallöhne

Die Masse der Einkommensbezieher konnte trotz ständig steigender Preise ihren Lebensstandard beträchtlich verbessern, weil die Löhne, Gehälter und Renten wesentlich stärker stiegen als die Preise. Dies wird deutlich, wenn man

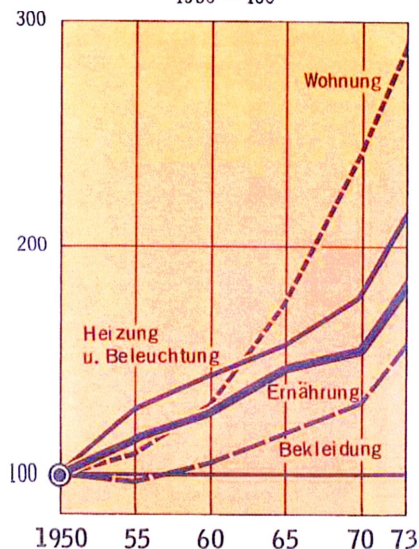
– was allerdings nur mit starken Einschränkungen möglich ist – die Steigerung der Industriearbeiterlöhne mit der Steigerung der Lebenshaltungspreise vergleicht. Die Meßziffern auf Basis 1950 = 100 zeigen bei den Industriearbeiterverdiensten im Jahr 1973 einen Stand von 564, bei den Preisen für die Lebenshaltung der Arbeitnehmerhaushalte demgegenüber einen Stand von 183.

Der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten deflationierte Index der Bruttowochen-

verdienste der Industriearbeiter („Reallohnindex“) lag 1973 bei 308. Die höheren Löhne sind also nur zum Teil von den höheren Preisen aufgezehrt worden. Der größere Teil der Lohnsteigerungen kam somit als Einkommenserhöhung den arbeitenden Menschen zugute, brachte also einen erheblichen Zuwachs an Kaufkraft und damit eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards mit sich. Zu berücksichtigen ist dabei, daß höhere Bruttoverdienste auch zu höheren Steuer- und Sozialabgaben führen.

Preisindices für ausgewählte
Bedarfsgruppen *)

1950 = 100



*) 4 – Personen – Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands.

Preisindex für die Lebenshaltung *)

1970 = 100

Bedarfsgruppe	Durchschnitt					
	1950 ¹⁾	1955 ¹⁾	1960 ²⁾	1965	1972	1973
Ernährung	64,6	74,9	81,5	95,2	110,3	118,5
Getränke und Tabakwaren ...	103,5	88,8	87,3	89,7	108,0	115,4
Wohnung	41,4	45,6	54,4	72,6	112,1	119,4
Heizung und Beleuchtung	56,0	72,6	80,7	88,6	107,3	120,1
Hausrat	84,2	86,7	91,0	97,2	107,8	111,7
Bekleidung	76,4	73,8	80,8	90,9	112,5	121,1
Reinigung und Körperpflege ..	65,2	69,1	75,1	85,9	109,7	115,0
Bildung, Unterhaltung, Erholung	55,2	60,9	69,1	83,3	108,9	115,6
Verkehr	61,2	73,1	80,9	89,6	115,9	123,2
Insgesamt...	64,5	71,0	77,8	89,3	110,7	118,2

*) Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstands.

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin. – ²⁾ Ohne Berlin.

Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter

1970 = 100

Geschlecht	Durchschnitt					
	1950 ¹⁾	1955 ¹⁾	1960	1965	1972	1973
Männliche Arbeiter	23,5	33,7	45,6	69,9	116,9	129,1
Weibliche Arbeiter	21,0	30,0	44,2	69,7	120,5	134,1
Insgesamt...	23,0	33,1	45,3	69,8	117,4	129,7

¹⁾ Ohne Saarland.

10

Sparen und Vermögensbildung

Ersparnis

Der nicht für den privaten Verbrauch verwendete Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte bildet die Ersparnis (78 Mrd. DM im Jahr 1973). Seit 1950 hat die Ersparnis der privaten Haushalte erheblich schneller als das Einkommen zugenommen, so daß mit steigendem Einkommen der Anteil der Ersparnis am Einkommen, die Sparquote, in fast allen Jahren gestiegen ist. Die Sparquote stieg von 3 Prozent im Jahr 1950 auf 14 Prozent 1973. Der Anteil der Ersparnisbildung der privaten Haushalte an der Ge-

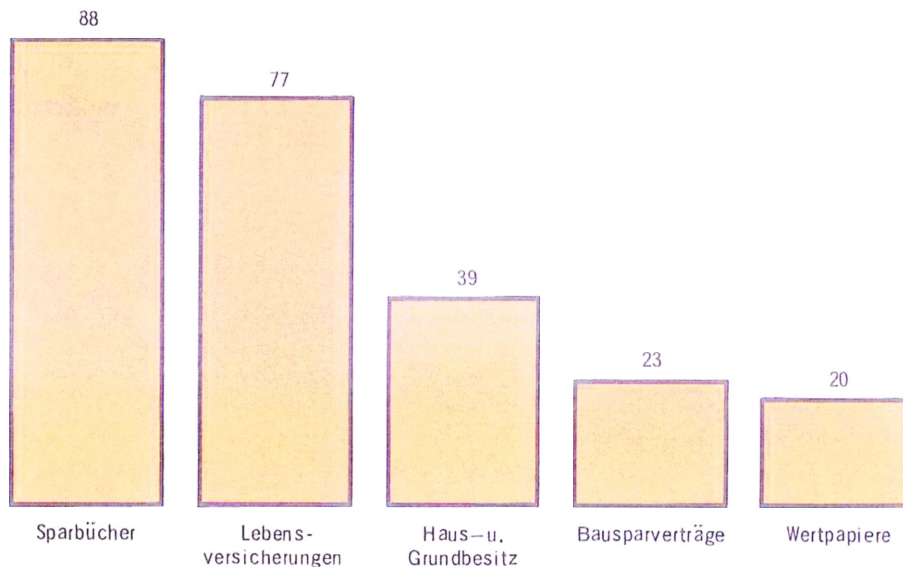
samtersparnis in der Volkswirtschaft erhöhte sich von knapp einem Fünftel auf mehr als die Hälfte.

Vermögensbestände in privaten Haushalten

Über Art und Höhe ausgewählter Vermögensbestände in privaten Haushalten liegen Angaben aus dem Jahr 1969 vor. Danach waren von 100 Haushalten 88 im Besitz von Sparbüchern, 77 hatten eine Lebens-, Aussteuer- oder Sterbegeldversicherung abgeschlossen und 23 verfügten über einen Bausparvertrag. In allen drei Fällen überwogen die

Vermögensbestände in privaten Haushalten

Von jeweils 100 privaten Haushalten besaßen 1969



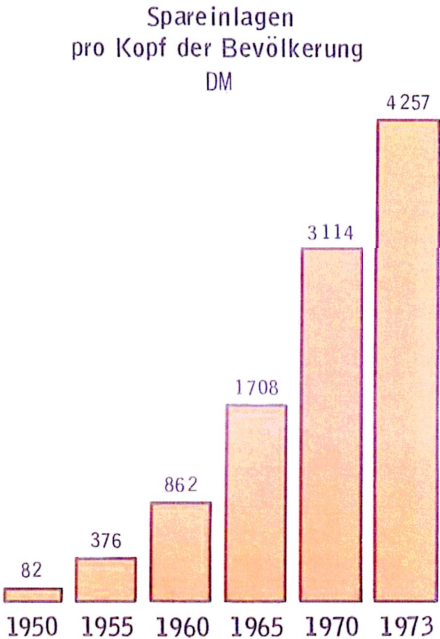
kleineren und mittleren Konten bzw. Abschlußsummen. 39 Prozent der Haushalte waren Haus- und Grundeigentümer, eine Vermögensanlage, die bei fast allen Landwirten, rund zwei Drittel der Selbständigen und einem guten Drittel der Abhängigen vorhanden ist. Nur ein Fünftel der Haushalte war im Besitz von Wertpapieren, davon überwiegend Kleinsparer.

Spareinlagen

Die am weitesten verbreitete Form der Bildung von Geldvermögen ist die Kapitalansammlung auf Sparkonten bei

Sparkassen und Bankinstituten. Die Spareinlagen inländischer Privatpersonen stiegen von 4 Mrd. DM im Jahr 1950 auf 264 Mrd. DM im Jahr 1973. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutete das eine Zunahme von 74 auf 4 250 DM. Rund 13 Prozent der Sparanlagen waren prämienbegünstigt. Eine prozentual noch kräftigere Aufwärtsentwicklung erfuhren die Bauspareinlagen. Sie stiegen in den Jahren von 1950 bis 1973 von 500 Mill. auf 62 Mrd. DM. Auch die Bildung von Geldvermögen durch den Abschluß von Lebensversicherungsverträgen hat erheblich an Bedeutung gewonnen.

Viele private Sparer haben sich in den letzten Jahren vom Kontensparen mit gesetzlich festgelegter Kündigungsfrist auf längerfristige Anlageformen umgestellt, um durch höhere Zinseinnahmen den Geldwertschwund auszugleichen. So hat sich z. B. der Bestand an Sparbriefen von Ende 1968 bis Ende 1973 von 2 Mrd. DM auf 16 Mrd. DM erhöht. Die im Umlauf befindlichen festverzinslichen Wertpapiere inländischer Emittenten brachten 1973 eine Durchschnittsrendite von 9,5 Prozent; bei den inländischen Aktien wurde eine Durchschnittsdividende von 13 Prozent erzielt.



Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte *)					
Jahr	Verfügbares Einkommen ¹⁾	Privater Verbrauch	Ersparnis ¹⁾		
	Mrd. DM		% des verfügbaren Einkommens ¹⁾		% der gesamten Ersparnis
1950 ²⁾	65,0	62,9	2,1	3,2	17,2
1955 ²⁾	113,3	106,1	7,2	6,4	20,5
1960	188,5	172,4	16,1	8,5	26,7
1965	294,4	258,7	35,8	12,1	44,9
1970	426,9	369,0	57,9	13,6	47,0
1973	572,8	494,6	78,2	13,6	55,0

*) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter, - ¹⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. - ²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

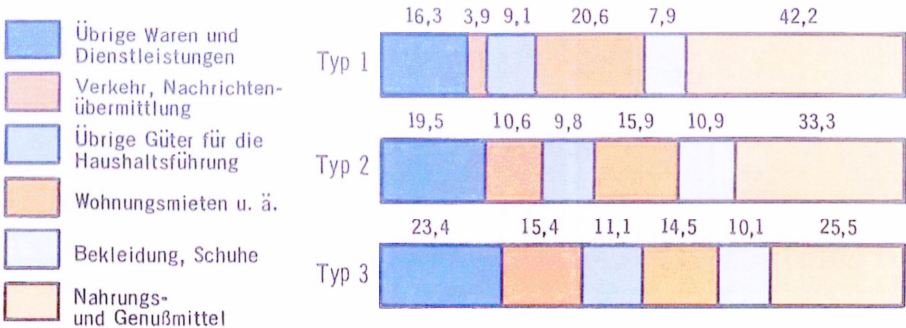
Ausgaben der privaten Haushalte

Im Jahr 1972 wurden 448 Mrd. DM oder 54 Prozent des Brutto sozialprodukts für den privaten Verbrauch ausgegeben. Für den einzelnen Privathaushalt bedeutet das einen Betrag von durchschnittlich etwas mehr als 19 000 DM. Das unterstreicht u. a. auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hausfrau, durch deren Hände ein großer Teil dieser Beträge fließt. Bei Ausschaltung der Preisveränderungen sind die Ausgaben der privaten Haushalte für Käufe von Gütern und Dienstleistungen gegenüber 1950 um das Vierfache gestiegen.

Die Ausgabengestaltung der privaten Haushalte ist von der Höhe ihrer Haushaltseinkommen abhängig. Die einkommensschwachen Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfempfängern (Typ 1) wendeten 1972 42 Prozent ihrer Ausgaben für den Kauf von Nahrungs- und Genußmitteln auf. Dieser Anteil betrug bei den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen (Typ 2) nur 33 und bei denen mit höherem Einkommen (Typ 3) sogar nur 26 Prozent. Auch die Aufwendungen für die Wohnungsmiete waren relativ um so geringer (21, 16 bzw. 15%), je größer der finanzielle

Anteil der Ausgabengruppen am privaten Verbrauch 1972

Prozent



Spielraum der Haushalte war. Anders ausgedrückt: Haushalte mit geringem Einkommen geben einen wesentlich höheren Anteil ihres Wirtschaftsgeldes für den lebensnotwendigen Bedarf an Essen, Trinken und Wohnen aus als solche mit höherem Einkommen.

Unterschiede in der Zusammensetzung der Haushaltsausgaben ergeben sich jedoch nicht nur beim Vergleich von Haushalten verschiedener sozialer Zusammensetzung, sondern auch beim Vergleich von Haushalten des gleichen Typs im Zeitablauf. Während die Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Typ 2) 1958 von jeweils 100 DM noch 46 DM für Nahrungs- und Genußmittel aufwendeten, waren es bei den erheblich gestiegenen Einkommen von 1972 nur noch 33 DM. Anders ist das Verhältnis bei den Wohnungsmieten, auf die 1958 noch 10, 1972 dagegen schon 16 Prozent entfielen.

Verbrauchsgewohnheiten

Die Verbrauchsgewohnheiten der Bundesbürger haben sich in den letzten 20 Jahren deutlich geändert. Besonders auffallend ist die Zunahme des Konsums hochwertiger Nahrungsmittel. Von 1950/51 bis 1971/72 hat z. B. der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch um 43 kg zugenommen, derjenige an Kartoffeln um 83 kg abgenommen. Der „durchschnittliche Bundesbürger“ verzehrt außerdem weniger Teigwaren, Brot und Milch, dagegen mehr Eier, Käse und Gemüse. Deutlich zugenommen hat in diesem Zeitraum auch der Konsum von Zigaretten, Kaffee, Bier und Wein.

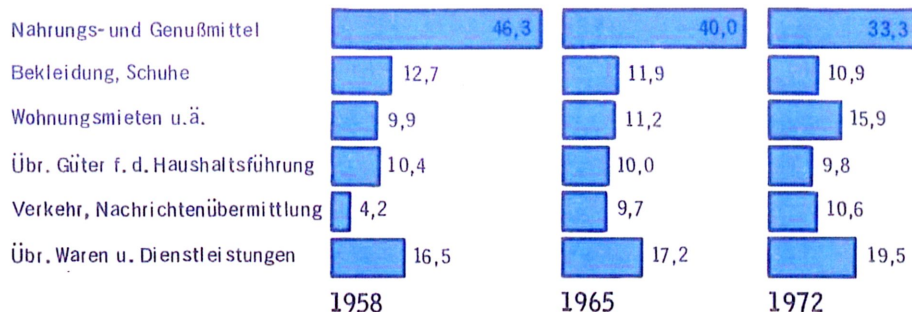
Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln je Einwohner und Jahr

Erzeugnis	Einheit	1950/51	1960/61	1971/72
Getreideerzeugnisse	kg	99	80	65
Kartoffeln	kg	184	132	101
Gemüse	kg	49	49	63
Frischobst	kg	.	94	96
Fleisch	kg	37	57	80
Trinkmilch/Sahne	kg	121	120	93
Käse	kg	4	8	11
Butter	kg	6	9	7
Eier	St	136	229	285
Kaffee	kg	1	3	4
Zigaretten	St	476	1 619 ¹⁾	2 670 ¹⁾
Bier	l	37	120 ¹⁾	189 ¹⁾
Trinkwein/Schaumwein	l	6	13	19

¹⁾ Je Person im Alter von 15 Jahren und darüber.

Verteilung der Verbrauchsausgaben von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten

Prozent



Wohnungsausstattung

Der zunehmende Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten kommt u. a. in einer merklichen Verbesserung der Wohnverhältnisse zum Ausdruck. Von jeweils 100 fertiggestellten Wohnungen hatten 1955 85 ein Bad und 11 Zentralheizung. Heute ist fast jede fertiggestellte Wohnung mit Bad und Zentralheizung ausgestattet. 1955 hatten noch 89 Prozent dieser Wohnungen Ofenheizung, 1972 waren es nur noch knapp 3 Prozent. Auch die durchschnittliche Größe der Wohnungen hat in den letzten Jahren zugenommen, und zwar von 71 qm im Jahr 1960 auf 85 qm im Jahr 1972. Für die größeren und komfortableren Wohnungen ist allerdings ein höherer Preis zu zahlen. Mußte ein Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstands 1960 noch 10,5 Prozent der Gesamtausgaben des privaten Verbrauchs für Wohnungsmiete ausgeben, so waren es 1972 bereits 15,9 Prozent.

Langlebige Gebrauchsgüter

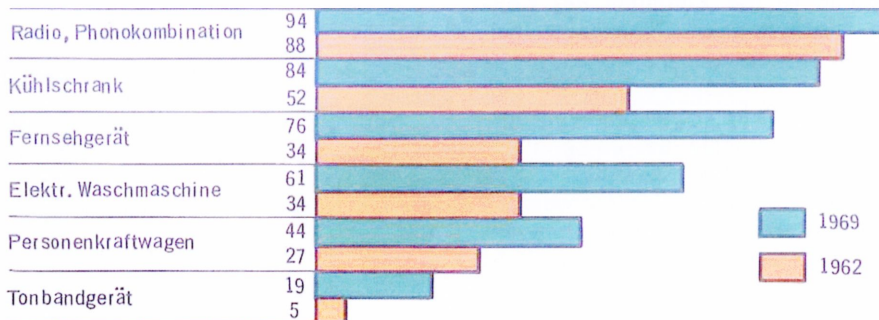
Die Ausstattung der privaten Haushalte mit Radios, Kühlschränken, Fernsehgeräten und anderen langlebigen Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs nimmt von Jahr zu Jahr zu. Sie hat bei einigen Gütern bereits den Grad der „Vollversorgung“ erreicht. Der Ausstattungsgrad ist sowohl von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands als auch von der Höhe des Haushaltseinkommens abhängig.

Bestand von Kraftfahrzeugen

Der Bestand an Personenkraftwagen (einschl. Kombinationskraftwagen) hat sich von 1952 bis 1973 von 0,9 Mill. auf 17,0 Millionen, d. h. auf mehr als das Achtzehnfache erhöht. Während 1952 nur 10 Prozent aller zugelassenen PKW auf abhängig Beschäftigte (Beamte, Angestellte oder Arbeiter) entfielen, waren es 1973 bereits 71 Prozent.

Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

Von jeweils 100 Haushalten besaßen:



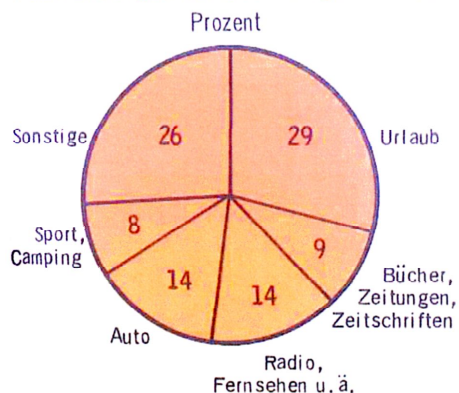
Urlaubs- und Erholungsreisen

Etwa die Hälfte der Bevölkerung gönnte sich 1972 eine Urlaubs- und Erholungsreise von mehr als 5 Tagen. Sie gab dafür durchschnittlich 500 DM aus. Von der gesamten Bevölkerung sind 1971 rd. 31 Millionen Urlaubs- und Erholungsreisen unternommen worden, davon 54 Prozent vorwiegend im Inland und 46 Prozent überwiegend im Ausland. Insgesamt wurden 8 Mrd. DM für Inlands- und 6 Mrd. DM für Auslandsreisen aufgewendet. Das am häufigsten benutzte Verkehrsmittel bei Urlaubsreisen im Inland ist der Personenkraftwagen mit 58 Prozent. An zweiter Stelle stehen die Bahnreisen. Im Auslandsreiseverkehr hat der Anteil der Flugreisen (18%) inzwischen den der Bahnreisen übertroffen.

Freizeitgüter

Von den Ausgaben eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem

Aufwendungen für Freizeitgüter 1973



Einkommen für Freizeitgüter floß 1972 mehr als ein Viertel in die Urlaubskasse. Weitere wichtige Ausgaben des Freizeitbudgets stellten die Ausgaben für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, für Fernseh-, Rundfunk- und Phono-

geräte sowie für das Auto dar. Während sich seit 1967 die gesamten Verbrauchsausgaben eines solchen Haushalts um die Hälfte erhöhten, hat sich ihr Freizeitbudget fast verdoppelt.

Ausstattung der fertiggestellten Wohnungen

Jahr	Von jeweils 100 fertiggestellten Wohnungen hatten . . .			
	Bad	kein Bad	Zentralheizung	Ofenheizung
1955 ¹⁾	85,4	14,6	10,8	89,2
1960	96,0	4,0	30,5	69,5
1965	98,3	1,7	66,0	34,0
1970	99,4	0,6	93,8	6,2
1972	99,5	0,0	97,2	2,8

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin (West).

Bestand an Personenkraftwagen

Stichtag 1. 7.	insgesamt ¹⁾	darunter bei abhängig Beschäftigten	
	1 000	%	
1952 ²⁾	929	91	9,8
1960	4 489	2 231	49,7
1965	9 267	5 947	64,2
1970	13 941	9 684	69,5
1973	17 023	12 114	71,2

¹⁾ Einschl. Kombinationskraftwagen — ²⁾ Ohne Saarland.

Urlaubs- und Erholungsreisen

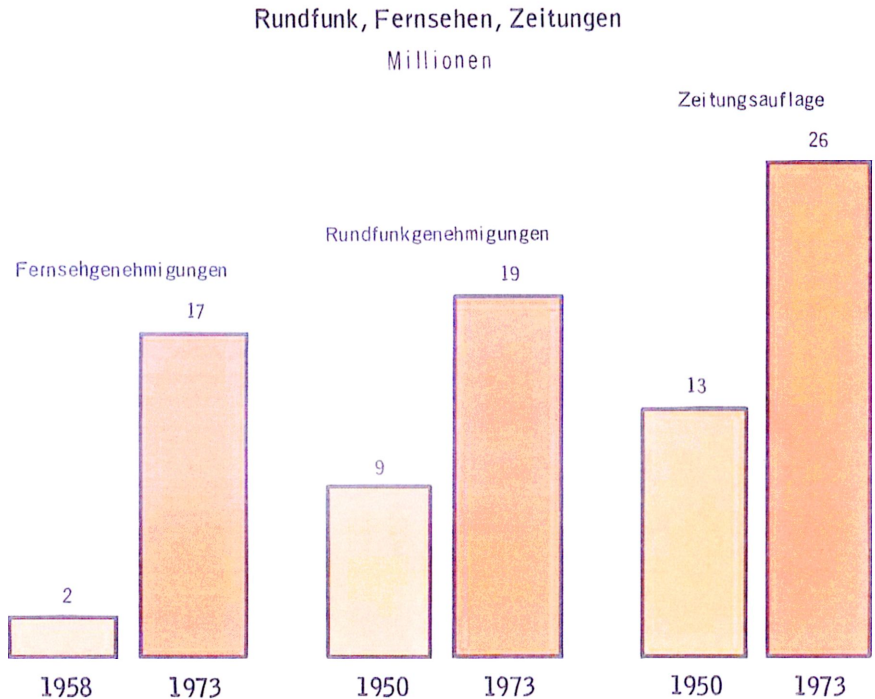
Mill.

Jahr	Reisende	Reisen		
		insgesamt	Inland	Ausland
1966	20,1	22,6	14,1	8,5
1969	22,0	26,1	15,7	10,4
1970	23,0	28,5	16,4	12,1
1971	25,7	31,2	16,9	14,3

Fernsehen, Zeitungen, Bücher

Die Massenmedien werden heute nebeneinander genutzt. Die meisten Fernsehzuschauer sind gleichzeitig Rundfunkhörer und Zeitungsleser. 1973 betrug die Zahl der Fernseh-Rundfunkgenehmigungen 17 Millionen, der Ton-Rundfunkgenehmigungen 19 Millionen. Die enorme Verbreitung des Fernsehens hat dem Hörfunk kaum Abbruch getan. Das gleiche gilt auch gegenüber der Konkurrenz von Zeitungen und Zeitschriften. 1973 gab es insgesamt 453 Zeitungen mit einer Druckauflage von 26 Millionen. Hinzu kamen 860

Zeitschriften mit einer Druckauflage von 102 Millionen Exemplaren. 1950 wurden 444 Zeitungen (13,4 Millionen) und 475 Zeitschriften (30,4 Millionen) gezählt. Daß trotz der Verbreitung des Fernsehens nach wie vor viel gelesen wird, ergibt sich nicht nur aus der wachsenden Auflage der Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch aus der wachsenden Bücherproduktion. 1971 wurden 36 116 Erst- und 6 841 Neuauflagen gezählt. 1951 waren es nur 10 149 Erst- und 3 945 Neuauflagen. Die Zahl der öffentlichen Büchereien lag 1971 bei 1 495, im Jahr 1952 waren



es 267. Mit der Neugründung vieler Hochschulen ist auch die Zahl der Hochschulbibliotheken gewachsen.

Kino und Theater

In der Spielzeit 1972/73 gab es im Bundesgebiet 286 öffentliche Theater mit 123 000 Plätzen und 17 Millionen Besuchern. Die Zahl der Theater und der zur Verfügung stehenden Plätze ist relativ stärker gewachsen als die Zahl der Besucher. Ende 1972 wurden im Bundesgebiet 3 171 Filmtheater mit einer Kapazität von 1,3 Millionen Sitzplätzen gezählt.

1960 waren es noch doppelt soviel (6 950 Filmtheater, 2,9 Millionen Plätze). Die Zahl der Filmbesucher ist im gleichen Zeitraum von 605 Millionen auf 150 Millionen zurückgegangen. Die Verbreitung des Fernsehens beeinträchtigte wesentlich mehr den Film- als den Theaterbesuch.

Sport

Dem Deutschen Sportbund waren 1973 41 463 Vereine angeschlossen. Unter den 9,8 Millionen aktiven und passiven Mitgliedern überwiegen die Männer mit 6,9 Millionen. Von den Jugend-

lichen unter 21 Jahren gehört knapp jeder fünfte einem dieser Vereine an. Unter den Sportarten steht der Fußball mit Abstand an der Spitze (1973: 3,2 Millionen Mitglieder), gefolgt von Turnen (2,6 Millionen), Schießen (0,8 Millionen), Leichtathletik (0,6 Millionen) und Schwimmen (0,5 Millionen). 1973 wurden insgesamt 265 948 Sportabzeichen verliehen.

Kulturelle Einrichtungen

Einrichtung	Einheit	1950	1960	1970	1973
Theater					
Theater	Anzahl	112	137	194	286
Plätze	1000	84	90	127	123
Besucher	1000	15 402	19 878	17 655	17 173
Film					
Filmtheater	Anzahl	3 962	6 950	3 446	3 171 ³⁾
Plätze	1000	1 601	2 878	1 420	1 280 ³⁾
Besucher	1000	487 400	605 000	167 400	149 800 ³⁾
Rundfunk und Fernsehen					
Rundfunkgenehmigungen ..	1000	9 018	15 892	19 622	19 329 ⁴⁾
Fernsehgenehmigungen	1000	12 ¹⁾	4 637	16 675	17 351 ⁴⁾
Museen					
Museen	Anzahl	306	431 ²⁾	501	568
Besucher	1000	6 078	10 305 ²⁾	13 926	17 407

*) 1953. -²⁾ 1963. -³⁾ 1972. -⁴⁾ Nur gebührenpflichtige Teilnehmer.

Mitglieder in Sportvereinen 1973 *)
1000

Sportart	Männer	Frauen
Fußball	3 063	135
Turnen	1 061	1 506
Schießen	719	59
Leichtathletik	387	243
Handball	378	90
Tischtennis	303	84
Schwimmen	281	237
Tennis	284	220

*) Dem deutschen Sportbund angeschlossen.

Ausgaben für soziale Sicherung

Von Bund, Ländern und Gemeinden wurden 1971 rd. 45 Mrd. DM für Soziale Sicherung aufgewendet, das sind rd. 20 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens. Etwa 28 Prozent dieser Beträge bestand aus Zuschüssen für die Sozialversicherungseinrichtungen. Weitere große Posten sind die Kriegsoferversorgung (16%), Sozialhilfeleistungen (11%) sowie Kinder- und Wohngeld (9%).

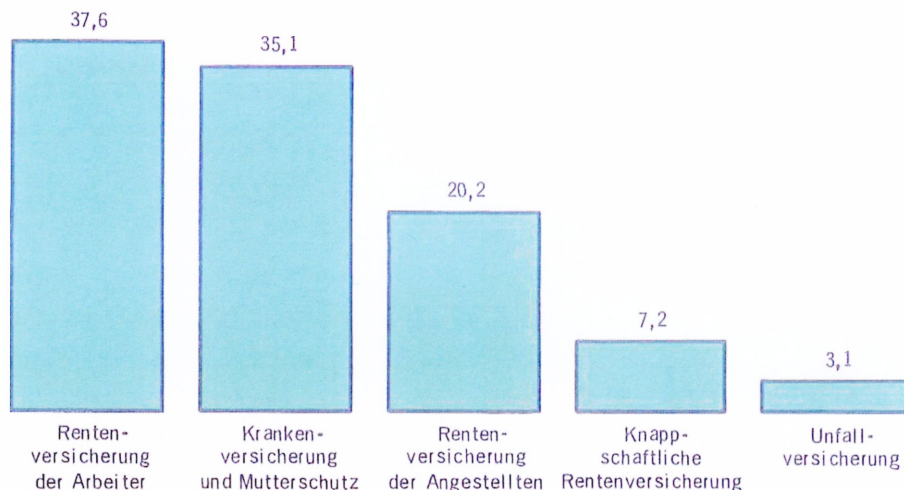
Sozialversicherung

Die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik wird durch ein gut ausgebautes System von Versicherungseinrichtungen gewährleistet. Schutz vor Krankheit, Unfall, Alter, Tod oder Verlust des Arbeitsplatzes bieten die

verschiedenen Zweige der Sozialversicherung, unter denen der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung die größte Bedeutung zukommt. Für den größten Teil der Bevölkerung besteht Versicherungspflicht. Die Kosten für die verschiedenen Versicherungsleistungen werden von den Mitgliedern, den Arbeitgebern und dem Staat gemeinsam getragen. Im Jahr 1972 wurden von den Rentenversicherungen der Arbeiter, der Angestellten und der Knappschaft 65 Mrd. DM an Renten und sonstigen Versicherungsleistungen aufgebracht. Die gesetzliche Krankenversicherung wendete 35 Mrd. und die gesetzliche Unfallversicherung 5 Mrd. DM auf. Die Leistungen aller Sozialversicherungseinrichtungen beliefen sich auf weit über 100 Mrd. DM.

Leistungen ausgewählter Zweige der Sozialversicherung 1972

Mrd. DM



Kriegsopferversorgung und Lastenausgleich

Neben der Sozialversicherung kommt den Ausgleichsleistungen bei sozialer Härte eine große Bedeutung zu. Kriegsopferversorgung und Lastenausgleich dienen der Milderung von Kriegsfolgen. Die insgesamt 2,4 Millionen Kriegsopfer – unter ihnen 1,2 Millionen Beschädigte und 1,1 Millionen Witwen und Waisen – erhielten 1972 Leistungen im Gesamtbetrag von 8,6 Mrd. DM. Im Lastenausgleich gibt es noch knapp eine halbe Million Empfänger von Kriegsschadenrente und Beihilfe, darunter in erster Linie Vertriebene. Seit seiner Einrichtung sind im Rahmen des Lastenausgleichs 80 Mrd. DM an die betroffenen Personen ausgezahlt worden.

Kindergeld und Sozialhilfe

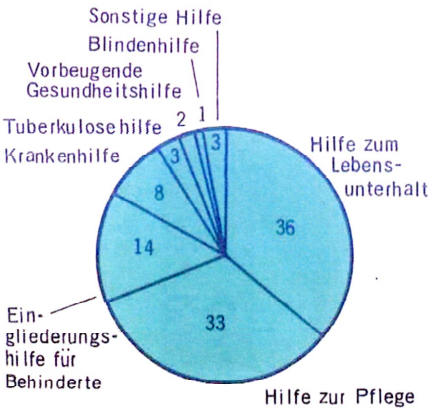
Zum Ausgleich familiärer Belastungen beim Aufziehen von Kindern dient das

Kindergeld. 1972 wurden für 5,5 Millionen zweite oder weitere Kinder Kindergeld in Höhe von insgesamt 3,4 Mrd. DM gezahlt.
Wenn Personen hilfsbedürftig werden, die weder aus eigenem Einkommen oder Vermögen noch aus sonstigen Quellen ihren Unterhalt bestreiten können, tritt die Sozialhilfe ein. 1972 wurden für 1,5 Millionen Hilfeempfänger 4,8 Mrd. DM – nach Abzug der Einnahmen 3,9 Mrd. DM – ausgegeben. Das bedeutet für jeden Bundesbürger eine durchschnittliche Belastung von etwa 63 DM. Gut die Hälfte des gesamten Sozialhilfeaufwands erhielten Bedürftige in Anstalten.
Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist verhältnismäßig konstant und liegt seit 1963 bei rd. 1,5 Millionen. Nach wie vor gibt es unter ihnen erheblich mehr Frauen als Männer, vor allem in den höheren Altersgruppen.

Kriegsopferfürsorge, Jugendhilfe, Wohngeld

Im Rahmen der Kriegsopferfürsorge wurden 1972 für Berufsfürsorge, Erziehungsbeihilfen, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungs- und Wohnungsfürsorge sowie sonstige Hilfen insgesamt 716 Mill. DM aufgewendet. In der öffentlichen Jugendhilfe wurden 1972 für verschiedene Maßnahmen (z. B. Pflegschaft, Vormundschaft) und Einrichtungen (z. B. Kinder- und Säuglingsheime, Jugendfreizeitstätten) insgesamt 2 Mrd. DM ausgegeben.
Für einkommensschwache Haushalte wird ein Teil der Mietbelastung durch die Zahlung von Wohngeld ausgeglichen. Zur Zeit gibt es etwa 1 Million Wohngeldempfänger, für die 1,5 Mrd. DM zur Verfügung stehen.

Sozialhilfeaufwand 1972 nach Arten
Prozent



Ausgewählte Sozialleistungen
Mill. DM

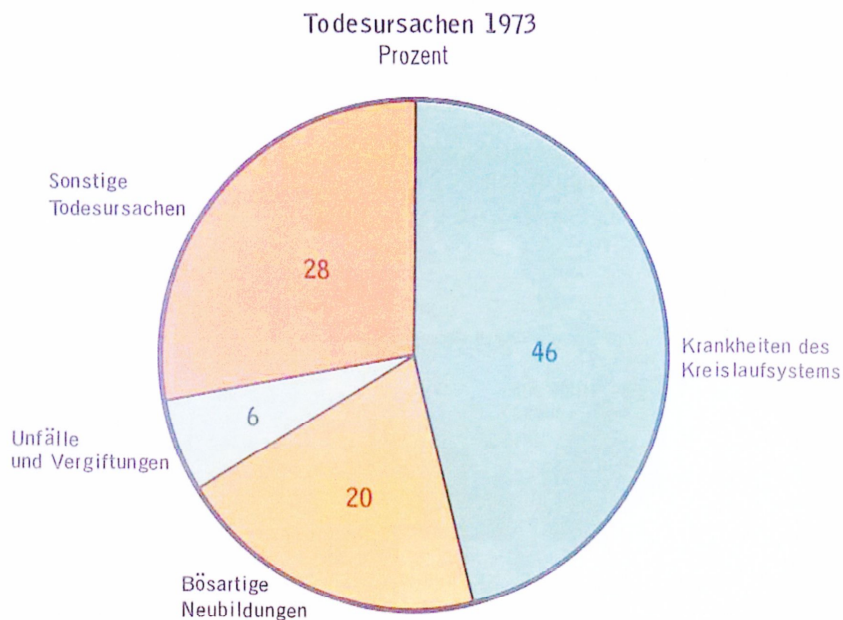
Sozialleistungsart	Leistungen			
	1950	1960	1970	1972
Gesetzliche Krankenversicherung	2 538	9 789	25 660	35 135
Gesetzliche Unfallversicherung	592	1 754	4 270	5 139
Rentenversicherung der Arbeiter	2 562	12 219	31 790	37 586
Rentenversicherung der Angestellten	1 001	5 736	16 439	20 203
Knappschaftliche Rentenversicherung	606	2 633	6 128	7 196
Versorgung der Kriegs- und Wehrdienstopfer	2 142	3 725	7 490	8 618
Lastenausgleich	1 003	1 902	1 776	1 669
Kindergeld	49	1 152	2 891	3 370
Sozialhilfe	982	1 667	3 192	3 885
Jugendhilfe	27	56	1 527	2 140
Wohngeld	–	2	664	1 460

Krankheit, Gesundheits- vorsorge

Krankheiten

Im Oktober 1972 war ein Fünftel der Einwohner des Bundesgebietes erkrankt; außerdem litten 1,6 Prozent an einer Unfallverletzung und 2 Prozent klagten sowohl über Krankheit als auch über Unfallfolgen. Unter den Krankheiten überwogen mit 52 Prozent chronische Leiden, darunter insbesondere solche des Kreislaufsystems und der Bewegungsorgane. Bei den akuten Erkrankungen standen Infekte, Grippe und andere Krankheiten der Atmungsorgane an erster Stelle.

Die Krankheitshäufigkeit ist bei Frauen größer als bei Männern; sie steigt außerdem mit zunehmendem Alter stark an. Einer laufenden Beobachtung unterliegen die übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten, von denen die meisten jedoch heute ihren Schrecken verloren haben. Durch Schutzimpfungen und verbesserte Hygiene sind die Erkrankungsziffern durchweg stark zurückgegangen, was sich besonders eindrucksvoll bei der Kinderlähmung zeigt. Andererseits werden durch den Reiseverkehr in alle Welt vereinzelt



wieder als ausgerottet betrachtete Infektionskrankheiten eingeschleppt. Wegen zunehmender Verbreitung werden seit kurzem auch wieder die Geschlechtskrankheiten erfaßt.

Todesursachen

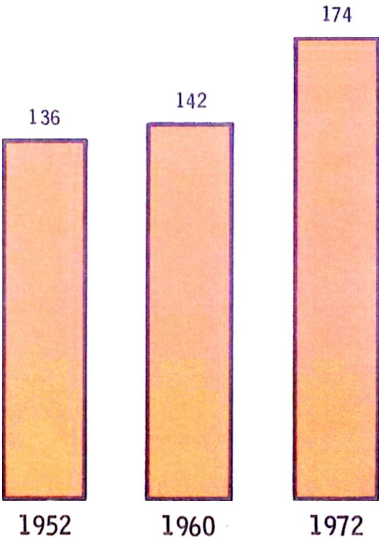
Häufigste Todesursache bei Männern und Frauen sind die Krankheiten des Kreislaufsystems, darunter insbesondere Herz- und Hirngefäßerkrankungen. Davon sind alle Altersjahrgänge, in der Masse aber vor allem ältere Menschen, bedroht. An zweiter Stelle stehen die

durch Krebs verursachten Sterbefälle. Von den bösartigen Neubildungen sind vor allem Verdauungs- und Atmungsorgane betroffen. Den dritten Platz nehmen die Unfälle und Vergiftungen ein, darunter mit einem hohen Anteil die tödlichen Kraftfahrzeugunfälle. Rückläufig, jedoch immer noch verhältnismäßig hoch, sind die Müttersterblichkeit (1973: 46 gestorbene Mütter auf 100 000 Lebendgeborene) und die Säuglingssterblichkeit (1973: 2 270 Säuglingssterbefälle auf 100 000 Lebendgeborene).

Gesundheitliche Versorgung

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung durch Ärzte, Apotheker und Krankenpflegepersonen hat sich laufend verbessert, zeigt aber zwischen städtischen und ländlichen Gebieten immer noch ein deutliches Gefälle. Auch die Zahl der Krankenhausbetten konnte spürbar vermehrt werden, obwohl auch hier noch eine gewisse Unterversorgung außerhalb der Ballungsgebiete besteht.

Ärzte
auf 100 000 Einwohner



Erkrankungen an ausgewählten übertragbaren Krankheiten

Auf 100 000 Einwohner

Krankheit	1950	1960	1970	1973
Tuberkulose	279,8	126,5	79,3	74,0 ¹⁾
Scharlach	191,6	51,9	47,3	70,7
Diphtherie	85,8	3,5	0,1	0,1
Paratyphus	11,4	4,3	0,9	0,6
Übertragbare Kinderlähmung	5,8	7,5	0,0	0,1
Ruhr	2,6	5,8	0,9	1,0

¹⁾ 1971

Ärzte, Pflegepersonen, Apotheker und Krankenhausbetten

Berufstätige	1952 ¹⁾		1972	
	Anzahl	auf 100 000 Einwohner	Anzahl	auf 100 000 Einwohner
Ärzte	63 391	139	107 403	174
Zahnärzte	29 721	27	31 149	50
Krankenpflegepersonen	124 834	211	229 058	371
Apotheker	15 547	22	23 152	37
Betten in Krankenhäusern	533 718	1 066	701 263	1 135

¹⁾ Ohne Saarland.

Tatverdächtige, Verurteilte

Im Jahr 1972 sind 2,6 Millionen Straftaten (ohne Vergehen im Straßenverkehr) bekannt geworden, von denen jedoch nur knapp die Hälfte (47%) aufgeklärt werden konnte. Dabei wurden 970 000 strafmündige Tatverdächtige ermittelt. Der Anteil der Straftaten, die keine Aufklärung erfahren, ist zwar recht hoch, jedoch handelte es sich bei den unaufgeklärten Fällen meist um Straftaten von minderem Unrechtsgehalt (z. B. Einbruch und Diebstahl). Bei den Verbrechen ist die Aufklärungsquote sehr viel höher. Für Mord und Totschlag liegt sie z. B. bei 95 Prozent.

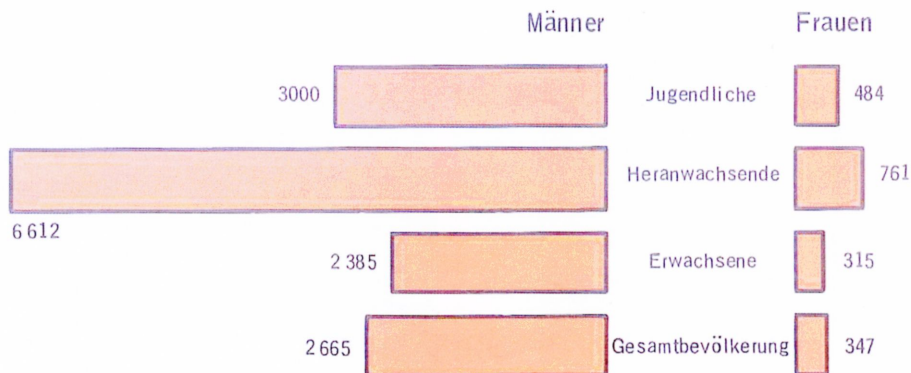
Wegen eines Verbrechens oder Vergehens wurden 1972 rd. 691 000 Personen verurteilt. Die Zahl der Verurteilten hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Auch die Verurteiltenziffer (Verurteilte auf 100 000 Einwohner über 14 Jahre) ist im Vergleich zu früheren Jahren gestiegen. Diese Ent-

wicklung wurde in erster Linie durch die Vergehen im Straßenverkehr herbeigeführt, die 1972 knapp die Hälfte aller Straftaten ausmachten (330 000).

Straffälligkeit bei Männern und Frauen

Die Straffälligkeit der Männer war 1972 achtmal größer als die der Frauen. Auch zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen. Sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Tätern liegen die Verurteiltenziffern der Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) weit über denen der Erwachsenen. Auch die Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) beiderlei Geschlechts werden häufiger als die Erwachsenen straffällig. Die Jugendkriminalität hat sich im Vergleich zu 1955 bei den allgemeinen Straftaten (ohne Vergehen im Straßenverkehr) mehr als verdoppelt,

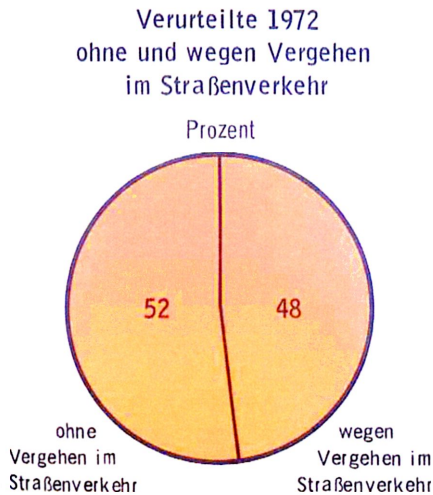
Verurteilte 1972 nach Altersgruppen
auf 100 000 Einwohner der jeweiligen Personengruppe



die der Erwachsenen ist zurückgegangen.

Straftaten

Im Katalog der Straftaten stehen – wenn man von Straßenverkehrsgefährdung und fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit einem Verkehrsunfall absieht – die verschiedenen Eigentumsdelikte an vorderster Stelle. Besonders gestiegen sind die Verurteilungsziffern (d. h. Verurteilte auf 100 000 Einwohner über 14 Jahre) bei einfachem (1961: 130, 1972: 204) und schwerem Diebstahl (36 bzw. 79), Urkundendelikten (8 bzw. 19) sowie Raubdelikten (4 bzw. 6), Mord und Totschlag (0,6 bzw. 0,9). Die Zunahme der Kriminalität trotz steigenden Wohlstands ist auch in anderen entwickelten Gesellschaften zu beobachten. Der Anteil der verurteilten Ausländer liegt bei einigen Straftaten über, bei anderen unter deren Anteil an der Gesamtbevölkerung.



Verurteilte

Jahr	Verurteilte					
	insgesamt		ohne Vergehen im Straßenverkehr		wegen Vergehen im Straßenverkehr	
	1000	Ziffer ¹⁾	1000	Ziffer ¹⁾	1000	Ziffer ¹⁾
1955 ²⁾	531	1 331	309	776	221	555
1960 ²⁾	549	1 326	318	768	231	558
1965	570	1 234	291	630	279	604
1970	643	1 346	335	701	308	645
1972	691	1 431	361	747	330	684

¹⁾ Verurteilte auf 100 000 strafmündige (14 Jahre und ältere) Einwohner. – ²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Verurteilte 1972 nach den häufigsten Straftaten

Straftat	Verurteilte	
	Anzahl	auf 100 000 Einwohner über 14 Jahre
Einfacher Diebstahl	98 604	204
Schwerer Diebstahl	38 126	79
Betrug und Untreue	27 605	57
Gefährliche Körperverletzung	10 377	21
Urkundendelikte	9 086	19
Sachbeschädigung	8 190	17
Unterschlagung	6 708	14
Begünstigung und Hehlerei	6 355	13
Beleidigung und üble Nachrede, Verleumdung ..	5 842	12
Unzucht, Notzucht	4 196	9

Eine reichhaltige Palette von Informationen steht Ihnen zur Verfügung



Die in dieser Schrift enthaltenen Angaben bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dem reichhaltigen Zahlenmaterial der amtlichen Statistik. Wenn Sie sich für weiter aufgegliederte Daten aus allen Sachgebieten interessieren, so greifen Sie zum „Statistischen Jahrbuch“.

Über die neuesten statistischen Methoden und Ergebnisse berichtet monatlich in Text, Zahl und Schaubild die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“. Ausgewählte aktuelle Daten erscheinen wöchentlich im „Statistischen Wochendienst“.

Sachlich und regional detailliertere Ergebnisse aus einzelnen Sachbereichen erscheinen laufend im Rahmen von „Fachserien“.

Veröffentlichungsverzeichnisse und Einzelprospekte sind entweder beim

Statistisches Bundesamt
62 Wiesbaden, Gustav-Stresemann-Ring 11
Tel. (061 21) 7051

oder beim

Verlag W. Kohlhammer GmbH
65 Mainz 42, Postfach 120
Tel. (061 31) 59344

erhältlich.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt.
Verlag: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz.
Best.-Nr. 141 100-74 0000; Preis 1.— DM.